

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 52

Sonntag, den 26. Dezember

1915

Ein halbes Jahrhundert!

Viel Sturm und Unwetter hat unser Verband in dem ersten halben Jahrhundert seines Bestehens abwehren müssen. Manchmal war es gar zu arg und es rüttelte an dem Fundament, daß das ganze Gefüge erzitterte. Unser Haus war stärker, als mancher von uns glauben mochte, es fiel nicht zusammen und konnte es nicht, denn es war auf dem festen Grunde der Solidarität erbaut und sein Gefüge ist verankert in dem unbegleiteten Willen, der Tabakarbeitersache zu dienen. Heute dürfen wir wohl sagen: Fest steht der Bau! Wir wollen sorgen und schaffen, daß er stärker wird und sich weitet. Unter seinem schützenden Dache soll die ganze Tabakarbeiterschaft sich einfinden und geborgen fühlen.

Unsere Organisation hat eine bewegte Vergangenheit. Wir können stolz darauf sein, obgleich wir uns manchmal zähneknirschend Umständen gegenüber sahen, die geeignet waren, die jeweils gestellten Aufgaben mehr oder weniger zu vereiteln. Da waren gleich nach der Gründung die Kriegszeit 1866 und 1870/71 zu überstehen. Dazwischen und danach ein Streit im eigenen Lager der Arbeiterschaft, der sich auch auf die organisationsbereite Tabakarbeiterschaft übertrug. Niemals vergessen werden wir jedoch den harten Schlag, den das Sozialistengesetz unserer Gewerkschaft zufügte. Es schien fast als sollte es ein tödlicher Streich werden. Doch die Verhältnisse sind stärker als mächtige Menschen; sie bezwingen, was sich ihnen entgegenstellt, mögen die Gesetze auch messerscharf geschliffen sein. Viele Opfer der persönlichsten Art sind in jenen Jahren des Sturmes und Dranges gebracht worden, die Interessen der Tabakarbeiter zu schützen. Gern erfüllen wir an diesem Tage die Pflicht, allen, die für unsere Sache gestritten und gelitten, Dank und Anerkennung nachzurufen. Nur allzuvielen dieser Braven deckt schon die kühle Erde.

Das eiserne Miß trieb die Tabakarbeiter immer wieder vorwärts. Oft genug erschien ihre wirtschaftliche Lage zum Zweifel. Immer wieder mußten wir bei unseren Organisationsbestrebungen auf die eigenartigen, doch technisch meistens so einfachen Einrichtungen der Tabakindustrie stoßen; sie hinderten uns manchmal, dort zuzufassen, wo es am nötigsten war. Wo ist ein Beruf, der mit so harten Widerständen zu kämpfen hat, als der der Tabakarbeiter? Dabei ist bei den Unternehmern meistens kein Fünkchen soziales Verständnis. Bis heute ist man noch nicht zu irgend welchem Uebereinkommen zum Segen der ganzen Tabakindustrie zwischen den Korporationen der Arbeiter und der Unternehmer gekommen. Widerstände, nichts als Widerstände.

Weiter: Die haben im Laufe der Jahre die Verschärfungen der Zoll- und Steuergesetze, die immer wiederkehrenden Pläne immer stärkerer Belastung der Industrie auf die Verhältnisse der Tabakarbeiter gedrückt! Auch das konnte nicht vorübergehen, ohne hemmend auf die Organisation zu wirken. Ding es auch nicht rückwärts, so war es doch einem schnellen Vormarsch hinderlich.

Fest steht der Bau! Trotz alledem! Schmiedet die Not die vereinigten Menschen zusammen, so hat sie die Tabakarbeiter eisenhart gemacht. Leider nicht alle. Aber es ist eine Kerntruppe da, die immer und ewig halten wird, was sie sich gelobt hat: Das Wohl der Tabakarbeiter mittels der Organisation zu fördern. Um diesen Kern werden sich die neuen Scharen und ihre Waffen schärfen, auf daß sie ebenfalls furchtlose Streiter werden. Es ist in den verflochtenen fünfzig Jahren vorwärts gegangen, es wird auch künftig so sein.

Was die Vergangenheit Schweres auch gebracht hat, es ist überwunden worden; die Gesamtarbeiterschaft hat uns, wenn es nicht anders ging, getreulich Beistand geleistet. Doch auch nicht ohne Freuden sind die Jahre an uns und unsern Verbänden übergegangen. Oft genug war die Ueberwindung eines Widerstandes, ja, der Kampf selbst, die Quelle neuer Lust. Die stärkste

das lebensfrohe Schaffen der Organisation den Mut des Einzelnen! So mancher Tabakarbeiter, arm und elend, fand in der Organisationsarbeit erst einen Daseinszweck, und war glücklich, durch ihr der Menschheit nützlich sein zu können. Auch mancher Tabakarbeiterin war der Verband der fruchtbare Boden, auf dem sie zur vollen Reife edelsten Tuns gelang.

Wir haben gekämpft und gelitten, aber trotz aller Hindernisse haben wir Erfolge zu verzeichnen, die zu den besten der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu zählen sind. Wir dürfen mit Genugtuung auf unsere Erfolge zurückblicken, wenn wir alles in allem betrachten. Die Söhne der Tabakarbeiter sind gewiß nicht hoch, aber wie stände es, wenn wir unseren Verband entbehren müßten? Doch haben wir ja leider Gegenden mit schwacher oder keiner Organisation, die uns ein erschreckendes Beispiel geben. Daran mögen wir die erfolgreiche Tätigkeit unseres Verbandes ermessen. Und hat unser Verband nicht jede sozialpolitische Maßnahme gefördert, wenn sie nur irgendwie eine Verbesserung für die Tabakarbeiter brachte? Jene Millionen, die der Verband als Unterstützung ausgegeben, haben sie nicht viele Tränen getrocknet? O gewiß, unser Verband hat in den fünfzig Jahren seines Bestehens Großes vollbracht. Daß es mit den kärglichen Mitteln von armen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen vollbracht wurde, darf unser Selbstbewußtsein heben. Heute, da wir uns einen Augenblick sammeln, wollen wir mit Stolz bekennen, was wir waren, was wir sind und sein werden.

Dimmer ruht der Menschheit geschäftiges Weben. Auch in unserem Verbände wird es keine Rast geben, mag es auch nicht immer in gleichem Schritt und Tritt gehen. Wer hat geahnt, daß unser Verband seinen Ehrentag unter dem Stöhnen der halben Welt begehen würde! Wer glaubte überhaupt, daß die furchtbare und vielseitige Krisis eines Weltkrieges uns sobald heimsuchen würde. Nun stehen Tausende unserer treuen Streiter für die Tabakarbeitersache seit Jahr und Tag draußen, bereit, Leben und Gesundheit einzusetzen, auch mit für unseren Verband. Ihrer sei heute besonders gedacht. Dank und Gruß ihnen! Wir aber, die wir an der Organisation hängen, dürfen aus dieser unglückseligen Zeit den Trost erfahren, daß auch ein Weltkrieg nicht imstande ist, unseren Verband zu zertrümmern. Schwer hat er zwar gelitten und die Risse werden noch eine Zeitlang klaffen, aber: der Bau steht fest trotz alledem. Das soll uns zu neuer Arbeit die Kraft geben!

Die Zukunft wird der starken Organisation mehr als die Vergangenheit bedürfen. Groß und vielseitig sind die Gefahren für die Tabakarbeiter. Von allen Seiten werden die Stürme brausen, wehe, wenn wir uns nicht in den Schutz eines starken Verbandes flüchten können.

Der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die emporgerückt werden müssen, mitzuhelfen, sind noch allzuvielen. Eine Herkulesarbeit zwar, sie für das große Werk zu gewinnen, aber sie muß getan werden. Unsere Berufsvorfahren haben es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vermocht, die Tabakarbeiter aus dumpfem Traum herauszureißen und eine Organisation zu schaffen, sollten wir nach einer beispiellosen wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung nicht schließlich die höchste Stufe gewerkschaftlichen Strebens erklimmen können? Heute sagen wir es noch lauter denn je: Sie müssen herbei, alle die da schaffen als Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie!

Wir alle, die wir in unergleichlicher Treue zum Verband stehen, geloben uns an diesem Tage erneut, überall das heilige Feuer der Begeisterung für unsere Tabakarbeitersache zu entfachen. Die deutschen Tabakarbeiter werden siegen, wenn sie samt und sonders zur Organisation stehen. Möge sich unser Verband als ein immer mächtigeres Werk gewerkschaftlicher Kraft gestalten. N.

Vor fünfzig Jahren.

Von Friedrich Geher.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung eröffnet im Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen Abschnitt, der das Streben aufweist, die fortgeschrittenen Kräfte zusammenzufassen zu einer ersprießlichen, die Arbeiterinteressen fördernden Tätigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Lange genug hatte die Reaktion geherrscht nach der Niederschlagung der Revolution von 1848. Nun mußte sie dem Drange der Entwicklung weichen.

Gewerbe und Industrie hatten einen größeren Aufschwung genommen. Dieses wirtschaftliche Getriebe entfaltete in den beteiligten Kreisen stärkeres Selbstbewußtsein und freieres Auftreten im öffentlichen Leben. Auch die Arbeiter nahmen hieran hervorragenden Anteil. Die an der Revolution von 1848/49 beteiligt waren, hatten aus dieser wie aus der niederdrückenden Reaktion ihre Lehren gezogen. Die „Interessengemeinschaft“ mit dem Bürgerthum erkannten sie als eine Formel, die nicht zu ihrem Vorteil, sondern zu dem des empfortretenden Bürgerthums ausschlug. Wollten sie ihren Arbeiterinteressen Geltung verschaffen, mußten sie selbständig auftreten und eingreifen. Das führte sie zusammen zu eigener Vereinigung.

Zunächst, zu größerer Klarheit über das Wesen und den Zweck der Vereinigung hatten sich nur verhältnismäßig Wenige hindurchgerungen. Wohl bestanden lokale Unterfrühtungsvereine — meistens Wanderunterstützungsvereine — sie waren aber wenig geeignet, dem Organisationsgedanken breiteren Raum in der Arbeiterklasse zu verschaffen. Dem immerhin aufstrebenden Erieb der Arbeiter suchte nun die Bourgeoisie entgegenzukommen, schon, um die selbständige Organisation der Arbeiter zu verhüten. Drum gründete sie um das Jahr 1860 in größeren Industriestädten Arbeiterbildungsvereine. Gerade sie sollten verhüten, daß die Arbeiter in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten zur Klärung gelangten.

Da die Geschichte der deutschen Tabakarbeiter eng verknüpft ist mit der Gesamtbewegung der deutschen Arbeiterklasse, so müssen wir einen Moment bei einem jener Vereine verweilen — dem „Leipziger Gewerblichen (Arbeiter-) Bildungsverein“. Eine Anzahl Zigarrenarbeiter waren Mitglieder des Vereins und standen hier in der Opposition gegen die oben gekennzeichneten Absichten der Gründer des Vereins. Unter ihnen, die hauptsächlich nach selbständiger Organisation der Arbeiter strebten und den Verein zu diesem Zweck umzugestalten trachteten, befand sich auch der nachmalige Präsident der Organisation der Zigarren- und Tabakarbeiter, Friedrich Wilhelm Frischke.

Frishke war einer der fähigsten Agitatoren aus Arbeiterkreisen und war einer der Rebellen von 1848/49. Frishkes Opposition rief mihunter heftige Kämpfe in jenem Verein hervor, den die Liberalen im Nationalverein materiell stützten und ihn zu beherrichen suchten. Diese Opposition richtete sich auch gegen Weber, der damals noch nicht für die Demokratie gewonnen war.

Zudem, die intelligenten Arbeiter standen hinter dieser Opposition, der auch Bahlstich das Wort rebete. Die Scheidung zwischen ihr und den Liberalen trat immer schärfer hervor. Als dann das bekannte Komitee der Leipziger Arbeiter, dem Frishke auch angehörte, auf seine historisch denkwürdigen Fragen an Ferdinand Lassalle von diesem das „Diflene Antwortschreiben“ erhielt, das den Wunsch der vorwärts dringenden Arbeiter nach einer eigenen, selbständigen Organisation bejahte und das schließlich zur Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der ersten unabhängigen politischen Organisation deutscher Arbeiter führte, wurde auch bald im „Leipziger Gewerblichen Bildungsverein“ die Herrschaft der bürgerlichen Kreise gebrochen.

Die organisatorische Tätigkeit Frishkes hatte schon vor der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (1863) viel zur lokalen Organisation der Leipziger Zigarrenarbeiter beigetragen. Seine Kollegen anerkannten seine geistige Ueberlegenheit und standen hinter seinen Bestrebungen. Aehnliche lokale Vereine von Zigarrenarbeitern bestanden zu jener Zeit in Hamburg, Bremen, Dresden, Magdeburg und anderen Orten. Waren sie keine politischen Vereine, so pulsierte doch in ihnen das Leben einer geistig aufgewachten Arbeiterschaft, die zur Klärung der Arbeiterfragen jener Zeit viel beitrug und die sich dadurch den Ehrenstitel: Pioniere der Arbeiterbewegung erwarben.

Diese Organisationen zusammenzufassen, überhaupt die Tabakarbeiter Deutschlands in einer zentralistisch gestellten Organisation festzugliedern, ward immer mehr zum festen Voratz Frishkes und der ihn unterstützenden Leipziger Zigarrenarbeiter.

Die Zigarrenindustrie Leipzigs gehörte damals zu den blühendsten Fabriken im Lande und zählte zwischen ein- bis zweitausend Arbeiter. Wo überhaupt die Zigarrenindustrie in größeren Städten vorhanden war, befand sie sich in einem gewissen Ueberhand von anderen Fabriken. Fasten sich einzelne Fabriken aus dem Handwerk herausgebildet und war darum ein Teil zünftlicher Handwerkerbrüder mit in die Industrie hinübergeschleppt worden, die sich dort sonderbar genau ausnahmen, so war das in der Zigarrenindustrie nicht der Fall. Hier hatte sich vielmehr ein freierer Verkehr unter den Arbeitern sehr bald bemerkbar gemacht, der sich natürlich auch auf ihr öffentliches Leben auswirkte. Diesem unabhängiger in den Arbeiterkreisen, als heute, fühlten sich die Zigarrenarbeiter weniger gebunden in ihrem ganzen Auftreten als andere Arbeiter. Daher auch ihr freiwilliges Eintreten für die damals in Arbeiterkreisen hervorgeratenen fortgeschrittenen Ideen und Bestrebungen.

Natürlich war ein Teil von ihnen dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein beigetreten. So lernten sie den Wert der Organisation immer tiefer erkennen. Sehr bald begriffen sie auch den Unterschied, daß in der politischen Organisation ihre besondern Interessen nicht einer geschlossenen Wahrung unterworfen werden konnten,

sondern hierzu eine besondere wirtschaftliche Organisation vordringen war. Aber der Allgemeine deutsche Arbeiterverein waren ihnen doch dem Wesen und der Form nach vorbildlich geworden für eine gewerkschaftliche Vereinigung. Frishke selbst hatte ja großen Anteil an der Gründung und Gestaltung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, dem er auch ein rühriger, gewandter Agitator war.

War unter den lokal organisierten Zigarrenarbeitern der verschiedensten Orte mehrfach die Absicht aufgetaucht, eine allgemeine Verbindung der Ortsvereine zu schaffen, so strebte Frishke nach einer straffen Organisation, in der berufliche Interessen aus sozialistischen Gesichtspunkten vertreten werden sollten. Er suchte Verbindungen mit einflussreichen Kollegen in ausfallgebenden Orten und benutzte dann, als ihm die Zeit für seinen Plan günstig schien, sofort die Gelegenheit zur Durchführung.

Nicht zufällig wurde ein Delegiertentag für Weihnachten 1865 gerade nach Leipzig berufen, als sich der Drang nach einer Organisation für Deutschland im Laufe des Jahres stärker bemerkbar gemacht hatte. Hier in Leipzig hatte Frishke unter den Kollegen damals noch starken Rückhalt; hier war der Allgemeine deutsche Arbeiterverein geistig vorbereitet worden; hier glaubte sich Frishke der Zustimmung zu seinem Plane sicher. Und so kam es in der Tat.

Am 25. Dezember 1865 wurde auf dem Delegiertentag zu Leipzig ein Allgemeiner deutscher Zigarrenarbeiterverein gegründet.

Die Gründung war von Frishke sorgfältig vorbereitet. In seiner Gliederung ähnelte der Verein dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein — natürlich sollte er ohne politische Betätigung bleiben. Die zentralistische Form der Organisation lief aus in einem Direktorium, dem ein Präsident vorstand. Das Präsidium wurde Frishke übertragen, der im Verein stets eine hervorragende Rolle spielte, wozu ihn seine geistigen Eigenschaften ausgezeichnet befähigten.

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens hatte der Verein jedoch Wechselfälle der schwersten Kämpfe zu bestehen, die sich zum Teil um die Person Frishkes abspielten. Zunächst nahm der Verein einen erfreulichen Aufschwung und gab damit ein Vorbild für später gegründete Gewerkschaften anderer Berufe, er versprach eine der stärksten und tüchtigsten Kampforganisationen deutscher Arbeiter zu werden. In einigen Jahren waren in ihm 12 000 Mitglieder vereinigt.

Dann aber brach das Unheil des Bruderkampfes über ihn herein. Der unheilvolle Streit, der bald nach Lassalles Tode im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausbrach, der zu Neugründungen politischer Arbeiterorganisationen führte, wurde auf den Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiterverein übertragen. Im letzteren waren Mitglieder der einzelnen streitenden politischen Richtungen vereinigt und vermochten sich nicht zu überwinden, nur ihre Interessen als Zigarrenarbeiter im Verein wahrzunehmen, sondern führten hier den Streit fort, der in den politischen Organisationen die heftigsten Formen angenommen hatte. Frishke selbst stand als Politiker mitten in diesen Kämpfen, wenn er auch eine gewisse Reserve sich auflegte, mehr aus Rücksicht auf den Verein, dem er präsierte.

Es nützte Frishke nicht viel, die Geister waren zu erregt, die Vorurteile verschärften sich und so stand er schließlich in seinem eigenen Verein zwischen zwei Feuern. Energisch suchte er den Zwist zu unterdrücken, die Ansätze gegen ihn abzuwehren, aber wenn ihm letzteres bei seiner Ueberlegenheit gelang, so schalt man ihn als einen Diktator. Zuweilen mochte der Vorwurf zutreffen. Wer jedoch die unerhörten Kämpfe der damaligen Zeit selbst mit durchlebt hat, der weiß, daß energische Eingriffe und Nachweh oft nötig waren. Denn die Kämpfe arteten in rein persönliche Streitereien aus, verleideten den ruhigeren Kollegen die Mitgliedschaft, hinderten die Agitation für den Verein, trieben vielmehr die Mitglieder hinaus, ja, es wurde sogar von einzelnen, verschiedenen politischen Richtungen angehörenden und ziemlich einflussreichen Vereinsmitgliedern direkt auf die Zerrüttung des Vereins hingearbeitet.

Unter Vorantritt der Kollegen Horig, Winter, Richter in Wandsbek und Hamburg-Altona wurde sogar eine neue Zigarrenarbeiterorganisation gegründet, die auf föderalistischer Grundlage in Ortsvereine gegliedert war. Das wirkte wie ein Scheidewasser. Der Allgemeine deutsche Zigarrenarbeiterverein ging unter diesen Kämpfen rapid zurück, ohne daß jedoch die Konkurrenzorganisation große Mitgliederzahlen errang. Notwendigerweise mußte jeder einsehen, daß unter solch gegenseitiger Bekämpfung überhaupt keine Organisation bestehen konnte. Auch anderen Gewerkschaften erging es ähnlich, aber keine hat die damaligen Kämpfe schwerer empfunden, als die der Tabakarbeiter.

Nach dem Kriege von 1870/71 war die Konjunktur der Zigarrenindustrie sehr günstig. Die Zigarrenarbeiter konnten sie aber infolge ihrer Zersplitterung nicht ausnützen. Das schürzte manchem die Unsinngkeit und Schätlichkeit der gegenseitigen Bekämpfung tief ein. Außerdem hatten viele politisch organisierte Arbeiter die Streitereien ihrer Führer gründlich satt. Zu groß war der Schaden, der der gesamten Arbeiterbewegung dadurch bereitet worden war. Viele drängten, dem Bruderkampfe ein Ende zu machen.

Gleichwohl versuchte ein Teil der Leipziger Zigarrenarbeiter, die in das Horig-Winter-Richtersche Lager hinübergeschwenkt waren, in Verbindung mit Altonaer Kollegen eine Einigung unter der den Tabakarbeitern dadurch zu erzielen, daß sie einen Kongress nach Leipzig einberiefen, der dem Frishkeschen Verein den Garaus machen sollte. Der Versuch verfehlte sich jedoch in das gerade Gegenteil.

Der Kongress fand vom 23. bis 25. November 1872 statt. Alle streitenden Richtungen hatten Delegierte entsendet. Horig, Winter waren ebenfalls anwesend, Frishke dagegen nicht, wohl aber einige Delegierte des Vereins.

Auf dem Kongress trat die allgemeine Kampfmäßigkeit zutage. Es wurde mehr über die Notwendigkeit einer Vereinigung der streitenden Teile als über die unterschiedliche Form der Organisation gesprochen. Selbst die Ortsvereiner gaben der zentralistischen Form der Organisation den Vorzug. Und trotzdem die Gegner Frishkes resp. des Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins in der Mehrheit waren, befand sich doch in dem ausschlaggebenden Beschluß des Kongresses der Kernsatz: „Im Beistritt zum „Deutschen Tabakarbeiterverein“ erblickt der Kongress die Grundlage zur Vereinigung der Korporation...“

Damit war der Streit um die Form der Organisation entschieden, aber was das wesentlichere war, über die Zersplitterung der Stab gebrochen. Im Deutschen Tabakarbeiter-Verein setzte sofort die Agitation ein, die sich auf obigen Beschluß stützte. In den einzelnen Ortsvereinen gab es noch keine Geplänkel, aber sie gleichen einem sanften Rückzuge gegenüber den sonstigen Kampfbreiden.

Im „Votschastere“, dem publizistischen Organ des Vereins, wurde nun von Frishke, der das Blatt seit der Gründung des Vereins redigierte, eine Sprache geführt, die zur Einigung mahnte. Das mußte auf die gesamte Arbeiterbewegung günstig zurückwirken, wie es selbstverständlich die Agitation für den Verein förderte. Es war höchste Zeit, daß der Verein wieder Zufluß an Mitgliedern erhielt, denn er besaß nicht mehr so viele Hunderte, wie er früher tausende besessen hatte. In der kritischen Zeit zählte er nur circa 800 Mitglieder.

Nun ging es aber wieder vorwärts. Mit größerem Eifer stürzten wir uns in die Werbung von neuen Mitgliedern und in der Versammlungsagitation wurde lebhaft gegen den Bruderkampf opponiert. Die Verbissenen stellten sich in den Schmalwinkel, wagten sich aber nicht dem Kongressbeschlusse entgegenzustellen. Wo sie es noch thaten, kamen sie nicht mehr auf. Manche trennten sich von der Organisation überhaupt und bewiesen damit, daß sie den Wert der Organisation nicht so achteten, wie es sonst geschienen hatte und wie es nötig ist.

Zwei Jahre darauf wurde dann auch in den politischen Organisationen die Notwendigkeit der Vereinigung aller streitenden Richtungen lebhaft diskutiert und ein Jahr später vollzog sich dann die Einigung. Der unselige Streit, der die Arbeiterbewegung unsäglich schädigte, hatte ein Ende. An der Beendigung hatte Frishke ebenfalls verdienten Anteil.

Von nun an entwickelte sich die Bewegung stark aufwärts. Die Gewerkschaften wuchsen schnell empor, für das Unternehmertum nur zu schnell. Von der Einigkeit der Arbeiter befürchten die herrschenden Klassen für ihre Herrschaft alles. Denn der Kapitalismus muß den geschlossenen auftretenden Arbeitern Zusagen machen. Darum ist er stets bemüht, den Aufschwung und die Ausbreitung der Arbeiterorganisationen aufzuhalten. So auch damals nach der in der Arbeiterbewegung vollzogenen Einigung.

Ein unglückliches Ereignis kam den Feinden der Arbeiterbewegung dabei zu Hilfe. Die Attentate auf den Kaiser Wilhelm I., die der Reichszangler Fürst Bismarck zum Anlaß nahm, das Sozialistengesetz vom Reichstag votieren zu lassen.

Mit einem Schlage wurde auf Grund dieses Gesetzes alles vernichtet, was die Arbeiterklasse in hochsinnig vorwärts strebender Arbeit sich an Organisationen und Hilfsmitteln zur Besserstellung ihrer materiellen und geistigen Lage geschaffen hatte. Die Presse erschlagen, die Gewerkschaften vernichtet!

Der ersten eine war der Deutsche Tabakarbeiter-Verein. So leicht gab aber Frishke, der Präsident des Vereins, den Kampf nicht auf. Er beschritt den Beschwerdeweg. Aber so geschickt auch seine Beschwerde die Handlung der Behörde ins Unrecht setzte, gegenüber der beschlossenen Vernichtung der Arbeiterorganisationen mußten alle Beschwerden abfallen, die Beschreitung des Rechtsweges war in jedem Falle aussichtslos. Es blieb also bei der Auflösung des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins.

Nochmals machte Frishke den Versuch, die ihrer Organisation beraubten Zigarrenarbeiter in irgend einer Form organisatorisch zusammenzuhalten. Zu dem Zweck gründete er an Stelle des unterdrückten „Votschaster“ ein neues Blatt „Der Wanderer“. Das Blatt war sehr geschickt redigiert, um es nicht dem Sozialistengesetz verfallen zu lassen. Es hat sich auch circa ein halbes Jahr vom Januar 1878 ab gehalten. Mit dieser Zeitung, die hauptsächlich Tabakarbeiterinteressen vertrat, verband Frishke folgende Einrichtung: Jeder Tabakarbeiter, der das Blatt abonnierte, erhielt, wenn er auf die Wandererschaft ging, in den Orten, wo der „Wanderer“ Filialausgaben hatte, eine Wanderunterstützung. Nur mußte er zur Beziehung der Unterstützung die Abonnementquittung oder Bescheinigung als Blattbezieher vorzeigen. Eine sehr einfache Sache, aber eine, wenn auch lose Zusammenfassung von Abonnenten, die einen Versuch zur Wiederorganisation der Tabakarbeiter darstellte.

Die Rechnung war aber ohne die Polizei gemacht, die eben jede Art von Vereinigung sozialistisch denkender Arbeiter verbot. Als sie den tieferen Zweck des „Wanderer“ erkannt hatte, verbot sie einfach das Blatt. Damit war auch dieser Versuch Frishkes fehlgeschlagen.

Frishke, dem durch Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes die Befugnis zur gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften verboten worden war, wurde auch, als der Belagerungszustand über Berlin verhängt war, aus Berlin ausgewiesen. Er wandte sich nach Leipzig, wo er eben den „Wanderer“ gründete, den er jedoch nicht verantwortlich zeichnete. Als sich auch dieses Unternehmen zerstückte, zeigte er dem deutschen Vaterlande den Rücken und wanderte, wie auch Bahlstich, nach Amerika aus, wo er sich in Philadelphia niederließ und dort, wo er eine Schankwirtschaft eröffnete, bis zu seinem Tode verblieb.

* Auf der im Mai 1872 stattgefundenen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins war dessen Name umgewandelt worden, er führte nunmehr den Namen: Deutscher Tabakarbeiter-Verein.

Ein halbes Jahrhundert ist nun vorübergerauscht seit der Gründung unseres Vereins. Noch immer steht der 1882 wieder begründete Verband, trotz aller Stürme, die ihn umbrausen; er steht fester denn je. Selbst der uns umtösende Weltkrieg mit seinen verwüstenden Wirkungen konnte ihn nicht entwurzeln. Die Arbeiterbewegung — und er mit ihr — wächst immer mächtiger heraus aus der bürgerlichen Gesellschaft, bis sie alles umfaßt haben wird, was zu ihr gehört, um ihr vorgezeichnetes Werk zur Durchführung zu bringen.

Die Bedeutung der Gewerkschaften in der bürgerlichen Gesellschaft steigt. Gerade während der Kriegszeit haben sie sich Anerkennung bis tief in die Kreise ihrer Feinde errungen. Sie haben sich als ein Hort der Arbeiter im vollsten Sinne des Wortes bewährt. Die Vermissten und Gläubigen, die der Krieg zahlreicher machte, genießen die segenspendende Tätigkeit der Gewerkschaften, an der auch der Deutsche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil genommen.

Tabakarbeiter! Euer Wohl, eure Existenz, eure Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft, euer ganzes Sein gebietet es den Deutschen Tabakarbeiterverband zu einem mächtigeren Gebilde im Kranze der deutschen Gewerkschaften zu gestalten. Damit erfüllt ihr einen Teil eurer Pflicht für die deutsche Arbeiterbewegung.

Frühliche hatte als Motto für den „Votivkaffee“ das Wort Lassalles gewählt: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“ Fügen wir dem hinzu: Sie sind der Fels, auf dem auch der Zukunftsbau der sozialistischen Gesellschaft errichtet werden wird!

Der Vereinigungsgebante und die gewerkschaftliche Tätigkeit der deutschen Tabakarbeiter.

Von Karl Deichmann.

Schon frühzeitig brach sich unter den in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern die Erkenntnis Bahn, daß eine Förderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen sich nur durch eine alle Tabakarbeiter umfassende Vereinigung ermöglichen lasse. Geleitet von dieser ganz richtigen Erkenntnis schufen sie sich eine solche Vereinigung unter dem Namen: „Allgemeiner deutscher Zigarrenarbeiter-Verein“. Die Gründung dieses Vereins wurde auf einem „Allgemeinen Zigarrenarbeiter-Tag“, der zu Weihnachten 1865 im Kolosseum zu Leipzig tagte, vollzogen.

An der Gründung dieses Vereins, der zunächst ja nur eine Zusammenfassung der vorhandenen Lokalvereine in eine Zentralorganisation darstellte, hatte der Kollege F. W. Frische aus Leipzig hervorragenden Anteil. Seinen Bemühungen ist es im besonderen zu danken, daß der Organisationsgebante unter den Tabakarbeitern schon frühzeitig praktische Gestalt annahm.

Diese so geschaffene Vereinigung trug selbstverständlich zunächst noch keinen ausgesprochenen gewerkschaftlichen Charakter, sondern diente vielmehr nur der Aufgabe, sich gegenseitig in Notfällen zu unterstützen. So gewährte man nach dem im Oktober 1866 in Kassel abgehaltenen ersten Generalversammlung dieses Vereins beschlossenen Statut Reiseunterstützung und ein Taschengeld für ein auf der Reise erkranktes Mitglied und eventuell auch die Begräbniskosten für ein auf der Reise verstorbenes Mitglied. Auch gewährte man an verheiratete Mitglieder ein Sterbegeld beim Ableben des „Ehemannes“, wie es im Statut heißt. Ebenso sah das Statut auch eine Unterstützung an Mitglieder vor, welche „außer Arbeit getreten“ sind. Andere Aufgaben, wie diese angeführten, hatte diese Vereinigung sich noch nicht gestellt, obwohl feststeht, daß schon damals die Zigarrenarbeiter in vielen Fällen zum Streik griffen, um sich gegen die Bedrückungen der Fabrikanten zu schützen und um zu verhindern, daß die Fabrikanten eine Verschlechterung der Lage der Zigarrenarbeiter durchsetzen konnten, und auch deshalb, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Ebenso kam es auch zu Aussperrungen der Zigarrenarbeiter, wo diese sich gegen die Zumutungen der Fabrikanten wandten oder Lohnansprüche stellten.

Trotz dieser Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete, die doch eigentlich dazu drängten, der Vereinigung — so gut es die damaligen politischen Zustände zuließen — einen gewerkschaftlichen Charakter zu geben, ließ man es dabei bewenden, die Solidarität zu pflegen, indem man an und für sich sehr notwendige Unterstützungsfragen zu lösen suchte.

In dieser Beziehung trat auch keine bedeutende Veränderung in der folgenden Zeit des Bestehens dieser Vereinigung ein, obwohl es an Versuchen nicht gefehlt hat, der Vereinigung den mehr gewerkschaftlichen Charakter zu verleihen. Kein anderer als F. W. Frische selbst, der Präsident der Vereinigung, widersetzte sich diesen Bemühungen und fand dabei auch die Unterstützung eines erheblichen Teiles der Vereinsmitglieder. Es ist von Wert, die damaligen Auffassungen unserer Kollegen über den Wert von Lohnbewegungen und Streiks kennen zu lernen, da sie einen guten Aufschluß darüber geben, daß trotz der vielen Lohnbewegungen und Streiks, in welche die Zigarrenarbeiter verwickelt wurden, die Vereinigung der Zigarrenarbeiter es peinlich vermied, diese Aufgabe zu lösen zu suchen. Auf der Generalversammlung des Vereins, die im Jahre 1872 in Hannover abgehalten wurde, erklärte F. W. Frische bei Beratung dieser Materie:

„Der Verein hat den Zweck, seine Mitglieder gegen außerordentliche Bedrückungen durch die Arbeitgeber zu schützen, nicht aber hat er die Aufgabe, in unmittelbarer Weise gegen die Tendenz des Kapitals zu kämpfen, welche ist, durch Ausbeutung der Arbeitskraft alle überschüssige produktive Arbeit an sich zu reißen, weil die Umformung der kapitalistischen Produktionsweise in eine gesellschaftliche eine politische Arbeit ist, welche der Tätigkeit der sozialistischen politischen Vereine überlassen werden muß. Allerdings wirken auch wir durch unsere Vereine in etwas mit an der Neugestaltung der wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft, aber nur indirekt, das ist: durch die Verbrei-

lung der Prinzipien der Sozialdemokratie mittels Belehrung und durch Erwerbung des Klassenbewußtseins. Eine durchgreifende, dauernde Besserstellung des Arbeiterstandes von dem Verein verlangen, heißt weit über das Ziel hinausschießen. Durch die Arbeitseinstellung zum Zweck der Lohnerhöhung glaubt ein großer Teil der Mitglieder, seine Lage verbessern zu können, und ist der Meinung, daß der Verein zu diesem Zwecke vorhanden sei. Abzusehen nun davon, daß solche Arbeitseinstellungen nie instande sein werden, die Lebenshaltung der Arbeiter ausreichend und dauernd zu verbessern, so wäre das Bestreben, dies durch solche Fachvereine zu erreichen, doch über das Ziel hinausgeschossen, weil die Gesetzgebung den Arbeitern gegenüber zugunsten des Kapitals noch so viel Partei nimmt, daß, um das Ziel zu erreichen, eine politische Wirksamkeit, eine PreSSION auf die Gesetzgebung erforderlich sein würde. Eine solche PreSSION (durch die Wahl von sozialdemokratischen Reichsboten) ist Aufgabe der politischen Arbeitervereine.“

So entschieden diese Absage nun auch war, so wirkte sie doch nicht überzeugend genug, um die Mitglieder des Vereins allgemein abzuhalten, diese Bestrebungen zu verfolgen. Man verjuchte weiter außerhalb des Rahmens des Vereins, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Dies ist im besonderen daraus ersichtlich, daß an vielen Orten lokale Streikfassen errichtet wurden, und andererseits versucht wurde, einen auf zentralistischer Grundlage beruhenden sogenannten Streikverein zu gründen. In dem zu diesem Zwecke entworfenen und am 9. September 1871 im „Votivkaffee“ veröffentlichten und von Conr. W. Ode in Verden unterzeichnetem Musterstatut heißt es nämlich in § 1: „Der Zweck des Vereins: durch vereintes Zusammenwirken sämtlicher Zigarrenarbeiter Deutschlands den Fabrikanten organisiert entgegenzutreten zu können und eine Vereinigung sämtlicher Zigarrenarbeiter anzustreben, welche uns in den Stand setzt, die jetzt noch in unserer Corporation vorherrschenden Uebelstände zu beseitigen.“ Der regelrechte wöchentliche Beitrag wurde auf einen Silbergroschen festgesetzt.

Auf die Dauer konnte diesem Streben nun kein erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt werden. Wir sehen deshalb auch, daß diesem Verlangen in der Folge schon mehr Rechnung getragen wurde. Die statutarischen Bestimmungen des „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“ beweisen dies. Dort heißt es im § 2 des Statuts: „Zweck des Vereins ist, die leibliche und geistige Wohlfahrt seiner Mitglieder zu fördern, indem er auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung bestrebt ist, die Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder so günstig als möglich zu gestalten.“

An Lohnbewegungen und Streiks hat es in der Organisationsperiode von 1865 bis 1878 nicht gefehlt. Ueber den Erfolg dieser Aktionen läßt sich natürlich streiten. Meistens waren diese planlos entstanden und konnten daher den Arbeitern keine Erfolge oder doch nur geringe Erfolge bringen.

Dem „Deutschen Tabakarbeiter-Verein“, der am 23. Oktober 1878 auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober desselben Jahres verboten wurde, folgte der im Dezember 1882 von Bremen aus hauptsächlich durch W. Fuchs ins Leben gerufene „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“.

Abgesehen von den politischen Verhältnissen, die in der im Jahre 1882 anhebenden Organisationsperiode eine bedeutsame Rolle spielten und der Verwirklichung der mehr gewerkschaftlichen Tätigkeit hinderlich waren, spielte auch recht noch die grundsätzliche abneigende Anschauung über den gewerkschaftlichen Kampf eine hervorragende Rolle. Noch bis in die jüngste Zeit hinein wurde unter den Tabakarbeitern noch vielfach die Anschauung vertreten, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit, jenes Streben, die Organisation zu benutzen, um das Arbeitsverhältnis erträglich zu gestalten, d. h. planmäßig die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter zu heben, wenig Erfolg verspreche und daß nur die bald kommende sozialistische Gesellschaftsordnung der Not und dem Elend der Arbeiter steuern könne. Man betrachtete die Berufsorganisationen der Arbeiter als eine Einrichtung, wo die Solidarität gepflegt werden könne und zugleich als ein Mittel, die Arbeiter für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Mit anderen Worten: man spekulierte auf den baldigen Zusammenbruch des herrschenden kapitalistischen Systems und untergrub so den Glauben an die Möglichkeit, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter heben zu können. Selbstverständlich hemmte diese Anschauung die Entwicklung der Organisation der Tabakarbeiter und richtete dadurch immensen Schaden an.

Die erste Generalversammlung dieses Unterstützungsvereins, die 1883 in Vessau abgehalten wurde, beschloß zwar, die Hebung der materiellen Lage als Aufgabe des Vereins im Statut mit aufzunehmen, doch in der Sache selbst wurde nichts getan. Die Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 5 auf 10 S diente nur der Durchführung der Reiseunterstützung beim Ableben der Ehehälfte, die zu der schon bestehenden Reiseunterstützung neu eingeführt wurde und zur Bestreitung der Verwaltungskosten.

In der hierauf folgenden Generalversammlung, die im Jahre 1885 in Brandenburg abgehalten wurde, ging man einen Schritt weiter und beschloß, Lohnbewegungen und Streiks durch den Verein führen zu wollen, und schuf deshalb die Bestimmungen im Statut, daß der Ausschuß des Vereins, der seinen Sitz in Hannover hatte, einen Streik zur Vereinsangelegenheit machen könne, sofern weniger als 25 Mitglieder des Vereins in Frage kämen; über Streiks, an denen über 25 Mitglieder teilnehmen würden und solche Streiks, die der Ausschuß nicht zur Vereinsangelegenheit gemacht hatte, entschieden die Mitglieder des Vereins durch Abstimmung.

Obwohl diese Bestimmungen des Statuts dem Bestreben, Lohnbewegungen und Streiks zu veranstalten, keineswegs recht hinderlich waren und viele Aktionen dieser Art schon im Keime erfolgten, warnte man die Mitglieder auch noch, in Lohnstreiks einzutreten, durch die allseitige Annahme einer Resolution mit folgendem Wortlaut: „In

Erwägung, daß Lohnpreis, welche die Löhne zu erhöhen bezwecken, auch wenn sie Erfolg haben, nur einen höchst geringen Vorteil für die Tabakarbeiter selbst haben, in Erwägung ferner, daß der Verein voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, derartige Lohnstreiks zu unterstützen, beschließt die Generalversammlung, es allen Delegierten zur Pflicht zu machen, in ihren Kreisen gegen die Veranstaltung von solchen Lohnstreiks von Seiten der Mitglieder zu wirken, sowie ferner den Ausschuß zu beauftragen, oben gekennzeichnete Lohnstreiks, welche von Mitgliedschaften beantragt werden, nicht zur Vereinsangelegenheit zu machen. Diese Resolution ist zu Protokoll zu nehmen.“

Auch die Generalversammlung des Vereins im Jahre 1887 in Halberstadt erhob diese Resolution auf Vorschlag des Kollegen F. D. Junge, Vorsitzender des Vereins, noch einmal, und zwar einstimmig, zum Beschluß und entschied dazu gegen nur eine Stimme, diese Resolution dem Statut beizufügen.

Nach diesen Beschlüssen und der bestehenden Auffassung über Lohnstreiks wird man es erklärlich finden, daß der mit der Erledigung diesbezüglicher Anträge betraute Ausschuß in den meisten Fällen zur Ablehnung solcher Anträge kam. Der Bericht, den der Kollege F. D. Junge, Vorsitzender dieses Ausschusses, in der im Jahre 1889 in Magdeburg abgehaltenen Generalversammlung des Vereins gab, besagte denn auch: „Der Ausschuß war leider gezwungen, die seitens der Mitglieder geforderte Unterstützung in Streikfällen in der großen Mehrzahl abzulehnen, da er nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage wie der Position des Vereins sich sagen mußte, eine stetige Durchführung dieser Streiks in keinem Falle erzielen zu können, wie auch von dem in der letzten Generalversammlung in einer Resolution festgestellten Prinzip des Verhaltens unseres Vereins bei Lohnstreiks nicht abzuweichen zu dürfen. Die Ablehnung solcher Unterstützungsanforderungen hätte in vielen Fällen dem Ausschuß nur Unfriedungen, grobe Briefe und Mehlisches gebracht. Alles das hätte ihn aber nicht von der Bahn der Pflicht ablenken können. Der Ausschuß wäre auf das Redlichste bemüht gewesen, dem Streikführer, daß sich gerade in den letzten zwei Jahren überail und auch bei den Tabakarbeitern im Leben und im hohen Grade gezeigt hätte, entgegenzuwirken im Interesse der Organisation wie der Kollegen selbst, und wenn dem Ausschusse dafür seitens der Mitglieder auch vielleicht nicht viel Dank entgegengebracht werde, so sei sich der Ausschuß doch der Erfüllung seiner Pflicht bewußt, ohne zu glauben, daß er selbst unbedingt von allen Fehlern und Irrtümern frei sei.“

Die tragliche Resolution gestattete demnach, die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vereins einzuschränken und illusorisch zu machen, wovon denn auch in überreichem Maße seitens des Ausschusses Gebrauch gemacht wurde.

Schon der Umstand, daß damals der Ausschuß die Entscheidung darüber traf, ob die Mitglieder in eine Bewegung resp. in einen Lohnstreik eintreten dürften, besagt, daß man ernstlich gar nicht gewillt war, innerhalb des Vereins und durch denselben die gewerkschaftliche Tätigkeit zu verfolgen. Dazu beschloß dieselbe Generalversammlung auch noch, die Beiträge von 20 S auf 15 und 10 S zu reduzieren.

Allmählich änderte sich jedoch die Anschauung über den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit. An Stelle der wüsten, planlosen gewerkschaftlichen Tätigkeit trat immer mehr die planmäßige Gewerkschaftsarbeit, was zugleich auch zur Folge hatte, daß trotz vieler Hindernisse und schädlicher Einflüsse die Löhne gehoben werden konnten. Es betrafen nämlich die Durchschnittslöhne der deutschen Tabakarbeiter nach den Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft:

Im Jahre 1885 pro Arbeiter und Jahr	400 M.
1890	481
1895	512
1900	541
1905	555
1910	616
1914	677

Bur Verteilung dieser Löhne und ihrer Steigerungen ist es erforderlich, daran zu denken, daß einmal eine nicht kleine Anzahl von Arbeitskräften, die täglich nicht voll beschäftigt werden, als Vollarbeiter (300 Tage) in Anrechnung gebracht werden und daß die Tabakfabrikation (Zigarrenbranche) in dieser Zeit — um mit niedrigen Löhnen produzieren zu können — immer mehr in die kleineren Orte und Dörfer abgewandert ist und daß an Stelle der Arbeiter die Arbeiterinnen in der Tabakindustrie Einzug gehalten haben. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß heute in der deutschen Tabakindustrie zwei Fünftel Arbeiter und drei Fünftel Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Recht ungünstig ist die Lage der deutschen Tabakarbeiter aber auch beeinflusst durch die wiederholten Tabaksteuererhöhungen und dadurch manche Errungenschaft auf dem Gebiete der Lohnbewegungen ausgelöscht worden.

Zunehmend, trotz aller Hindernisse, die sich der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Weg stellen und der Beeinträchtigungen, die manche Errungenschaft wieder austilgten, gelang es doch, die Löhne der Tabakarbeiter aufzubessern, wie die Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft beweisen. Allerdings von einer merklichen Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage kann noch nicht geredet werden, da die Preise für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel in diesem Zeitraum auch gestiegen sind. Der Beweis ist aber erbracht, daß es möglich ist, eine erfolgreiche Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Tabakarbeiter auch unter dem kapitalistischen System zu erwirken, sofern hierzu nur der ernste Versuch gemacht wird. Erforderlich ist es natürlich, sollen noch bessere Erfolge erzielt werden, daß die große Zahl der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen, die heute dem Organisationsgebanten noch fern stehen, für diesen gewonnen werden und zu guten Gewerkschaftern erzogen werden. Hoffentlich gelingt es sehr bald, den deutschen Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen die Erkenntnis beizubringen, daß eine allumfassende Organisation von hoher Wichtigkeit ist im Kampfe für eine bessere Zukunft.

Unsere Organisation und die Frauenarbeit.

Von Heinrich Tiedermann.

Die Frauenarbeit in der Tabakindustrie hatte viele Widerstände zu bestehen, ehe sie die Anerkennung als Folgerscheinung wirtschaftlicher Entwicklung fand. Nicht allein Widerstände von behördlicher Seite, auch die männliche Arbeiterschaft sträubte sich lange Zeit gegen die Frauenarbeit. Die Gründe hierfür waren natürlich in beiden Fällen sehr verschieden. Während die Behörde sich in ihren Maßnahmen von sittlichen und politischen Gründen leiten ließ, waren es bei den männlichen Arbeitern Gründe rein wirtschaftlicher Art.

Die Tabakindustrie war in ihren Anfängen in den Städten Bremen und Hamburg zu Hause, von wo aus sie ihren Weg über das ganze Reich genommen hat. Die Jahre 1850 bis 1848 im vorigen Jahrhundert waren für die Tabakindustrie die glänzendste Periode, weil sie von der Steuerpolitik noch unbehelligt blieb; es war die Zeit, wo das Handwerk noch einen goldenen Boden hatte. Die Zeit liegt natürlich weit hinter uns. Die Tabakindustrie war noch eine junge Industrie, aber in rascher Entwicklung begriffen. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter hob sich damals außerordentlich. Die Löhne stiegen rasch, weil die Arbeiter gesucht waren. Es versteht sich, daß die Männerarbeit in jener Zeit die Frauenarbeit weit überstieg. Die rasche Entwicklung brachte der Industrie einen gewaltigen Zustrom neuer Arbeitskräfte und führte ihr auch viele Frauen zu.

Nach einer behördlichen Zählung im Mai 1841 wurden in Bremen 185 Zigarrenfabriken festgestellt, in denen 2017 Arbeiter, davon 368 weibliche, beschäftigt wurden. Die Frauenarbeit wurde aber alsbald einer Beschränkung unterworfen. Auf Grund eines Beschlusses, der die sittlichen und kulturellen Zustände unter den Zigarrenarbeitern in den schwärzesten Farben geschildert hatte, wurde in Bremen am 4. April 1842 von der Behörde eine Fabrikordnung erlassen, in der es hieß: „daß Frauen, abgesehen von zurzeit beschäftigten, in Fabriken nicht mehr beschäftigt werden dürfen“. Wer von den vorhandenen Arbeiterinnen auswich, deren Platz sollte nicht wieder besetzt werden. Das war ein generelles Verbot der Frauenarbeit in Fabriken. 1847 wurde dieses Verbot der Frauenarbeit hinsichtlich der Ehefrauen der Fabrikarbeiter wieder aufgehoben und am 1. Juli 1851 bis 1. Juli 1853 wegen Arbeitermangel ganz außer Kraft gesetzt. Im Jahre 1876 wurde das Verbot wieder hergestellt.

Dieses Verbot der Frauenarbeit in der Fabrik wird auch wohl im wesentlichen mit dazu beigetragen haben, daß die Arbeit aus der Fabrik in das Haus verlegt wurde, wo die Frau um so uneingeschränkter arbeiten konnte und der lästigen Fabrikordnung nicht unterstellt war.

In jene Zeit fallen auch die Bestrebungen der Tabakarbeiter, sich eine Organisation zu gründen, die von mehreren Orten Deutschlands fast zu gleicher Zeit ausgingen. Es ist daher interessant, zu sehen, wie sich die Tabakarbeiter der Frauenarbeit gegenüber verhalten.

Die Mannheimer und Heidelberger Zigarrenarbeiter wandten sich am 1. September 1848 mit einem feurigen Aufruf an die Tabakarbeiter und forderten sie auf, sich zu organisieren. Der Aufruf enthielt mehrere Forderungen, und darunter die folgende: „Es sollen keine Frauenzimmer zum Zigarrenmachen, sondern nur zum Indiegandarbeiten zugelassen werden.“ Wie man sieht, ging hier der Widerstand gegen die Frauenarbeit von den männlichen Arbeitern aus, welche die Gefahr bereits erkannt hatten, die die Frauenarbeit mit sich bringen mußte. Man wollte die Frauen höchstens für untergeordnete Arbeiten, wie Tabakzurichten, und höchstens noch zum Wickelmachen zu lassen. In keinem Falle aber sollten sie zum Zigarrenmachen zugelassen werden.

Im folgenden Jahre, am 3. September 1849, hielt die „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ in Leipzig ihren zweiten Kongress ab. Hier auf diesem Kongress wurde folgende Forderung formuliert: „Die Förderung der Moral, als auch der Zweck der Assoziation berechtigt uns, zu verlangen, daß in Zukunft keine weiblichen Arbeiter bei der Zigarrenfabrikation beschäftigt werden.“ Diese Forderung erhielt aber eine kleine Einschränkung, indem es hieß: „Um jedoch in allen möglichst gerecht zu sein und den gegenwärtig beschäftigten Frauenzimmern die Mittel zur Existenz nicht zu rauben, so solle dieselbe so lange beschäftigt werden, bis sie entweder durch den Willen des Fabrikanten oder durch freien Entschluß ihre Stellung verlor.“ Das war eine konsequente Gegnerschaft. Bemerkenswert ist auch, daß jeder, der Mitglied der „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ werden wollte, einen Befähigungsnachweis erbringen mußte. Diese höhere Anforderung stand mit dem Verbot der Frauenarbeit im innigen Zusammenhang. Man war Gegner der Frauenarbeit und glaubte sie auf diese Weise fernhalten zu können. Die Entwicklung der Verhältnisse nahm indes einen andern Verlauf und kümmerte sich wenig um vorhandene und angeordnete Verbote der Frauenarbeit. Wie oben schon bemerkt, mußte das Verbot der Frauenarbeit in Bremen für einige Jahre wegen Arbeitermangel außer Kraft gesetzt werden.

Die Entwicklung und Ausbreitung der Industrie hielt auch für die folgende Zeit an. In der Zeit von 1852 bis 1860 begann die eigentliche Wanderung der Industrie, die Produktionsstätten wurden von Bremen und Hamburg ins Inland verlegt und dabei wurden Orte aufgesucht, wo vornehmlich billige Arbeitskräfte waren. Eine solche Entwicklung vermehrte nicht allein die Hausarbeit, sie beschäftigte auch die Frauenarbeit in ganz erheblichem Maße.

Nach der Gewerbezahlung von 1861 wurden im Zollvereingebiet, wozu außer Bremen und Hamburg nur auch noch die Provinzen Hannover und das Großherzogtum

Braunschweig hinzugekommen waren, zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen festgestellt, und 14 Jahre später war bereits die Hälfte aller in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter weiblich.

Zu dieser enormen Vermehrung der Frauenarbeit hatte auch zum nicht geringsten Teil die Einführung der Wickelformen beigetragen.

Die Frauenarbeit mußte natürlich immer bedrohlicher werden, und endlich trat die Gefahr bei Lohnkämpfen offen zutage. Beim Berliner Streik 1868, an dem zirka 600 Arbeiter teilnahmen, versuchten die Fabrikanten vor allen Dingen, weibliche Arbeiter von außerhalb heranzuziehen. Die Wickelmacher wurden als Zigarrenmacher angelernt. Statt aus diesen Erscheinungen die richtige Lehre zu ziehen, bezeichnete F. W. Frißche „die Wickelmacher als diejenigen, welche zu den Niederlagen der Zigarrenmacher, wenn auch unabsichtlich, mehr beitrügen als alle Intrigen, Geld- und politische Hilfsmittel der Fabrikanten“. Die Wickelmacher wurden so als die schlimmsten Feinde der Zigarrenarbeiter gekennzeichnet. Und als im folgenden Jahre in Leipzig ein Lohnstreik ausbrach, da wurde auch u. a. die Forderung gestellt: „Abtötung der Frauenarbeit.“ Man sieht hieraus, wie sich die männlichen Arbeiter gegen die Frauenarbeit sträubten, wie die Gegnerschaft in eine Feindschaft ausartete. Statt die Frauen, die nun einmal da waren, zur Organisation heranzuziehen, schloß man sie direkt aus. Es war daher kein Wunder, wenn sich die Wickelmacher gar nichts daraus machten, ihren männlichen Kollegen bei Kämpfen in den Rücken zu fallen. Die Frauen wie die Männer haben sicherlich in beiden Fällen die Tragweite ihres Verhaltens zu einander nicht übersehen. Die Zigarrenarbeiter haben zusehen müssen, wie die Hausarbeit und durch sie die Frauenarbeit, immer zugenommen hat, ohne ihr Einhalt gebieten zu können. Die Hausarbeit war die beste Förderin der Frauenarbeit, konnte doch die Frau neben der Führung der Hauswirtschaft erwerbstätig sein. Das Verhalten der Zigarrenarbeiter gegenüber der Frau sollte ihnen zum Verhängnis werden, die Frauen waren nun nicht mehr bloß Wickelmacher, sondern in ausgedehntem Maße wurde sie als Rollierin beschäftigt. Der gefürchtete Konkurrent war entstanden. Alle Bestrebungen der männlichen Arbeiter, die Frauen vom Zigarrenmachen fernzuhalten, hatten nichts nützt. Diese Tatsache mußte zur Einsicht führen, daß die alte Ansicht in bezug auf die Frauenarbeit gründlich zu revidieren sei; dem Bestreben der Fabrikanten, die billigere Frauenarbeit auszunutzen, mußte unter Mithilfe der Frauen entgegengetreten werden. Als sich am 22. November 1882 in Bremen der neue Zentralverein „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“ gebildet hatte, hieß es denn auch: „Mitglieder können alle Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen werden.“ Vorher waren schon in den Orten Berlin, Magdeburg, Altona und Zeitz Frauen aufgenommen worden. Zum erstenmal war den weiblichen Arbeitern offiziell der Eintritt in die Organisation gestattet. Der Weg war frei. Ein gewaltiger Fortschritt war gemacht. Es war auch die höchste Zeit, den Widerstand aufzugeben. Die Frauenarbeit hatte bis zu dieser Zeit gewaltig zugenommen.

Die Berufszählung von 1882 stellte fest, daß in der Tabakindustrie 62 933 männliche und 47 535 weibliche Arbeiter vorhanden waren. Ein solches Resultat mußte ein beängstigendes Gefühl auslösen, und dabei wuchs die Zahl erwerbstätiger Frauen immer mehr.

Der Tabakarbeiterkongress in Erfurt zu Ostern 1889 brachte eine weitere Klärung in der Frage der Frauenarbeit. „Ein Verbot der Frauenarbeit wurde als durchführbar bezweifelt und auch als inhumane Handlung bezeichnet, weil unzählige Frauen, die verpflichtet sind, selbst und allein für ihre Existenz zu kämpfen, auf den Weg der Schande gebracht würden.“ Die zunehmende Verwendung der Arbeit der Frau wurde als eine notwendige Gefahr der Entwicklung der „modernen kapitalistischen Produktionsweise“ erkannt und gekennzeichnet.

Der Schluß dieser Erkenntnis fand in folgenden Sätzen seinen Ausdruck. Es heißt: „Um die üblichen Verhältnisse, die sich aus der Arbeit der Frauen, sowohl dieser selbst, wie der Männer, entspannen, zu befeitigen, dürfen nicht die männlichen Arbeiter den weiblichen Arbeiter als Konkurrent, als Feind ansehen und behandeln, sondern vereint müssen beide für völlige wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne kämpfen, also dafür daß die Frau für gleiche Leistung den gleichen Lohn wieder Mann erhält.“

Der Kongress behandelte diese Ansicht in einer besonderen Resolution und empfahl auch in allererster Linie, die Frau zur Organisation heranzuziehen, weil nur gemeinsam Erprobliches für alle zu schaffen sei. Weiter empfahl der „Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“ bei der Agitation geeignete weibliche Tabakarbeiter zu verwenden.

Wie notwendig es war, den Widerstand gegen die Frauenarbeit aufzugeben und die Frauen zur Organisation heranzuziehen, bewies die Berufszählung von 1895 und 1907, welche die Situation mit einem Schlag klärte. 1895 waren 153 080 Tabakarbeiter festgestellt; hiervon waren 74 448 männliche und 78 632 weibliche Arbeiter beschäftigt. Schlimmer als dieses war das Resultat von 1907, welches 209 140 Tabakarbeiter feststellte. Davon waren 85 796 männliche und 123 344 weibliche Arbeiter. Während 1895 auf 100 Tabakarbeiter 48,63 Prozent männliche und 51,37 Prozent weibliche kamen, kamen schon 1907 auf 100 Tabakarbeiter 41,02 Prozent männliche und 58,98 Prozent weibliche Arbeiter. Das war eine gewaltige Entwicklung, die uns zeigt, wie sich die Frauenarbeit trotz aller Hemmnisse durchgesetzt hatte, der gegenüber sich die leitenden Kreise in der Tabakarbeiterchaft nicht länger mehr verschlossen. Die Frau hat heute in allen Branchen der Industrie Eingang gefunden. In

der Zigarettenbranche z. B. werden fast ausschließlich Frauen beschäftigt.

Durch den Ehrfurter Kongress 1889 waren die letzten Hindernisse weggeräumt und der Weg vorgezeichnet worden. Mit Eifer ging man an die Organisation der Frau heran. 1895 mußte die Organisation 13 877 Mitglieder und darunter 3449 weibliche; 1907 dagegen 29 922 Mitglieder und davon 13 847 weibliche. 1912 wurde die Höchstzahl der Mitglieder erreicht und zwar 37 211, wovon 18 053 weibliche waren.

Werfen wir so einen Rückblick auf die Entwicklung der Frauenarbeit in der Tabakindustrie, so sehen wir die verhängnisvollen Folgen des Widerstandes, sehen, wie verfehrt es gewesen ist, die Frau auszuschließen. Eine ähnliche oder gleiche Entwicklung werden alle anderen Industrien durchgemacht haben, die mit weiblichen Arbeitern zu tun haben. Wer heute noch glaubt, sich gegen Frauenarbeit wenden zu müssen, der ignoriert die geschichtliche Entwicklung und läuft Gefahr, von ihr erdrückt zu werden. Diesen Widerstand galt es, hier festzustellen und zwar um so mehr, als heute in der Zeit des Weltkrieges die Frauenarbeit abermals eine gewaltige Zunahme erfahren hat. Heute im Weltkrieg wird die Frauenarbeit auch in den Industrien Eingang finden, die bisher von ihr verschont waren oder wo sie nur untergeordnete Arbeiten ausführte. Die Entwicklung geht ihre Wege; es ist eben notwendig, daß wir die Dinge erkennen und jederzeit zum Nutzen der Tabakarbeiter zu handeln wissen.

Die Zigarettenarbeiter.

Von Johannes Krohn.

Da die Zigarettenfabrikation in Deutschland eine sehr junge ist, ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter dieser Branche erst viel später zur Organisation kamen als die übrigen Tabakarbeiter.

Im Jahre 1862 wurde die erste Zigarettenfabrik in Deutschland gegründet, und im Jahre 1887 bestanden bereits 58 Betriebe mit 1698 beschäftigten Arbeitern, von da an ging die Entwicklung sehr schnell. 1900 waren es 169 Betriebe mit 5285 Arbeitern; 1907 363 Betriebe mit 11 830 Arbeitern und 1913 417 Betriebe mit 17 695 Arbeitern. Da in dieser Industrie in hervorragendem Maße mit Maschinen produziert wird, gibt die Arbeiterzahl kein vollkommenes Bild von der Entwicklung. Wenn man einen klaren Ueberblick über die Entwicklung dieser Industrie bekommen will, muß man die Zahl der angefertigten Zigaretten berücksichtigen. Während nämlich die Arbeiterzahl vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1913 um zirka 50 Prozent gestiegen ist, stieg die Zahl der angefertigten Zigaretten in dieser Zeit um beinahe 140 Prozent, und zwar von 5 519 425 Mille auf 13 004 343 Mille. Die Handarbeit verringert sich immer mehr, so daß die wirklichen Zigarettenmacher an Bedeutung bei der Fabrikation verlieren. Die Arbeiter sind in der Mehrzahl nur noch die Handlanger der Maschinen, und da diese Tätigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit erlernt werden kann, werden immer mehr ungelernete Arbeiter hineingezogen. Meistens sind dieses jugendliche weibliche Personen. Nach einer im Jahre 1913 aufgenommenen Statistik sind etwa ein Drittel der in der Zigarettenbranche Beschäftigten als Handarbeiter tätig. Von den 17 186 Beschäftigten, auf die sich diese Statistik erstreckte, waren 14 368 weiblich. Mindestens drei Viertel der gesamten Zigarettenproduktion Deutschlands befindet sich in Dresden und Berlin.

Zu Anfang der 90er Jahre sehen wir dann, daß die Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen in größerer Zahl dem Verbands beitreten. Schlechte Entlohnung und Behandlung waren die Triebfeder. Es dauerte denn auch nicht lange, daß Bewegungen zur Verbesserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis einsetzten. So in größerem Umfang 1904 in Dresden und Berlin. Es handelte sich darum, beabsichtigte Verschlechterungen im Lohnverhältnis und Maßregelungen abzuwehren. Diese Bewegungen endeten zugunsten der Arbeiter. Im Jahre 1905 kam es in Berlin wieder zu einer größeren Lohnbewegung, die mit anerkanntem Erfolg für die Arbeiter endete. Aus den Vereinbarungen, die diese Bewegung abschloß, ist ein Passus hervorzuheben, der besagt, daß die Vertreter der beiderseitigen Organisationen nach einem näher bezeichneten Termin wieder zusammentreten sollten, um eine Tariftgemeinschaft anzubahnen. Es ist nun 10 Jahre her, und heute noch sträuben sich die Fabrikanten ganz entschieden, auf derartige Tariftgemeinschaften einzugehen. In demselben Jahre kam es dann auch zu dem großen Kampf in Dresden. Die Fabrikanten verlangten, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten sollten. Das organisierte Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen sollte vernichtet werden. Wenn den Fabrikanten dieses Vorhaben nun auch nicht gelang, so brachte die Bewegung doch wenig Vorteile für die Arbeiter. Der Organisationsgedanke war bei den Zigarettenarbeitern noch nicht genügend stark, um solchen Kämpfen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Obgleich das Organisationsverhältnis der Zigarettenarbeiter zu wünschen übrig liebt, ist es doch durch unermüdete Arbeit möglich geworden, die Löhne zu steigern und auch sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Der Lohn der Zigarettenarbeiter betrug nach den Angaben der Tabakberufsgenossenschaft im Jahre 1905 durchschnittlich 693 M.; bis zum Jahre 1910 stieg er auf 812 M., und im Jahre 1914 waren 931 M. erreicht. Also eine Steigerung in 10 Jahren von 32 Prozent. Damit stehen die Zigarettenarbeiter über dem Durchschnittslohn der Tabakarbeiter im allgemeinen, aber große Gruppen von Arbeitern, und besonders Arbeiterinnen, haben heute noch immer ganz miserable Löhne. Das Bestreben der Organisation wird und muß es sein, hier nachzuhelfen. Dazu aber ist notwendig, daß die Zahl der Organisierten täglich größer wird.

Ein Rückblick.

Das Fabrikgewerbe ist in Deutschland erst verhältnismäßig spät zur Entwicklung gelangt. Dessenungeachtet ist die Arbeiterbewegung schon sehr früh dazu gekommen, den Gedanken des beruflichen Zusammenschlusses auf modernerer Grundlage zu pflegen, als es die Zunftorganisationen in älteren Gewerben vermochten. Haben wir jetzt wohl darüber zu klagen, daß die Eigenheiten unserer Industrie die Ausbreitung der Organisation hemmen, so begünstigten die früheren Verhältnisse den Organisationsgedanken. Bereits im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts bilden sich Ansätze zum gemeinschaftlichen Zusammenschluß, und wenn es natürlich auch noch keine Organisationen sein konnten, wie wir sie mit ihren vielgestaltigen Aufgaben heute kennen, so finden wir in ihnen doch schon das Streben nach gegenseitiger Hilfe. So bestand in Bremen bereits im Jahre 1824 eine Krankenkasse der Tabakarbeiter und in Hamburg zahlte man bereits in den dreißiger Jahren aus dem Fonds gemeinsamer Beitragszahlung der Zigarrenarbeiter der Dunkelmannschen Fabrik den Zuweisenden eine Unterstützung. Vermutlich hat diese Einrichtung zu jener Zeit in mehreren Städten bestanden. In Hamburg entwickelte sich aus dieser Einrichtung heraus eine Kranken- und Reiseunterstützungs-Kasse, aus der dann ein Jahr später eine Produktiv-Assoziation, also eine gewerkschaftlich betriebene Zigarrenfabrik mit einigen Verkaufsstellen hervorging. In Berlin wurde 1848 die „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ gegründet. Unabhängig davon erließen zur selben Zeit die Mannheimer und Heidelberg Zigarrenarbeiter einen Aufruf, in welchem sie zur Gründung einer Organisation der Zigarrenarbeiter Deutschlands aufforderten. Bereits hatten die Berliner in mehreren Städten durch Agitation Anhang gewonnen; so schlossen sich denn auch die Süddeutschen der „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ an. Es war ein Zentralverband auf föderativer Grundlage, an dessen Spitze ein Präsidium und zu dessen Beistand ein „Zentralkomitee“ stand. In den Lokalvereinen lag der Schwerpunkt der Verbandstätigkeit. Auch ein Verbandsorgan wurde geschaffen. Auf dem 1849 in Leipzig stattfindenden Kongress beschäftigte man sich bereits mit der Lohn- und Arbeitslosenfrage, vor allem aber wurden ernste Beratungen darüber geführt, ob sich die Assoziation der „Arbeiterverbrüderung“, eine kommunistischen Prinzipien huldigende Organisation, anschließen sollte. Der Anschluß wurde für das nächste Jahr beschlossen. Im übrigen verlegte man den Sitz der Assoziation von Berlin nach Bremen. Im Februar 1850 schloß sich die Assoziation der „Arbeiterverbrüderung“ an; es trug ihr den Druck der Reaktion, die ja gerade damals arg hauste, ein. Manche Lokalvereine wurden behördlich unterdrückt, andere schlossen von selbst ein und aus einigen entwickelten sich Krankenkassen, wie z. B. in Berlin und Hamburg. Immerhin hatten vielleicht in 70 bis 80 Orten Lokalvereine bestanden.

Mittlerweile und in der folgenden Zeit war eine nicht unwesentliche Verschiebung zu bemerken, in der Hauptsache veranlaßt durch die Zoll- und Handelspolitik im In- und Auslande. Nicht nur, daß vor allem die Zigarrenindustrie von ihren bisherigen Hauptstücken aus sich verbreitete, es wurden auch der Frauenarbeit die Tore erweitert. Eine berufliche, zentrale Organisation hätte mancherlei neue Aufgaben gefunden, aber es gab, wie gesagt, nur einige lokale Vereine. Erst in der Person des Zigarrenarbeiters Friedrich Wilhelm Frische entstand der Tabakarbeiterfrage ein hervorragender Organisator.

Frühe, unter Lassalle'schen Ideen stehend, propagierte die berufliche Organisation der Arbeiter, trotzdem er damit bei Lassalle kein Verständnis fand; bereits 1863 gründete er in Leipzig den Zigarrenarbeiter-Vereinsverein. Er mag sich auch stark mit der Gründung einer Zentralorganisation befaßt haben, und es ist deshalb erklärlich, daß er, als die Stuttgarter Zigarrenarbeiter im Mai 1865 einen Aufruf zur Gründung einer Zigarrenarbeiterorganisation erließen, mit vollem Herzen grundfähiglich zugestimmt haben dürfte. Es tagte dann im August in Stuttgart eine Generalversammlung der süddeutschen Reise- und Krankenkassen, in der die Gründung einer neuen Organisation erörtert wurde.

Weihnachten 1865 fand nun in Leipzig ein Kongress von Zigarrenarbeitern aus ganz Deutschland statt. Hier wurde die Gründung des „Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins“ vollzogen, der nunmehr die Interessen der Tabakarbeiter Deutschlands zu vertreten auf seine Fahne schrieb. Bald fanden sich die Lokalvereine, die noch existierten, in der Zentralisation zusammen, in weiteren Orten faßte die Organisation unter der rührigen Leitung festen Fuß, so daß bereits im Jahre 1866 in 120 Orten Mitgliedschaften bestanden. Natürlich ging es nicht ohne Widerspruch, denn in einigen Städten, und gerade dort, wo eine starke Tabakarbeiterchaft war, wollte man die örtlichen Einrichtungen und die Selbständigkeit nicht aufgeben. War nämlich die alte Assoziation auf looser Zentralisation aufgebaut, in der Weise, daß den Lokalvereinen ein fast unbeschränktes Verfügungsrecht über ihr Tun und Lassen verblieb, so war die neue Organisation nur ein einziger Verein, der keine Lokalvereine kannte; alle Mitglieder in allen Orten waren den gleichen Vorschriften des Statuts oder den Anordnungen der Zentralverwaltung in gleicher Weise unterworfen. Zweck des Vereins war in der Hauptsache nach dem in Leipzig beschlossenen Statut: 1. Gegenseitige Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit durch Geldprämien; 2. unentgeltlichen Arbeitsnachweis; 3. Reiseunterstützung und 4. Sterbegeld beim Ab-

leben der Ehefrau. Der Sitz war zunächst Leipzig, wurde aber zu Beginn 1868 nach Berlin verlegt, während der Ausschuß in Stuttgart sein Domizil hatte.

Der Krieg von 1866 brachte dem Verein eine schwere Krise, seine Mitgliederzahl sank auf 2000. Das Jahr 1867 brachte wieder einen Aufschwung; eine geplante Erhöhung der Tabaksteuer gab Anlaß zu rühriger Agitation. Ein von den Fabrikanten nach Kassel einberufener Kongress wurde auch von Tabakarbeitern besucht, und auf dem Tabakarbeiterkongress zu Eisenach am 11. August wurde ein energischer Protest gegen die Steuer beschlossen, die denn auch des allgemeinen Widerstandes wegen fallen gelassen wurde. So konnte denn der „Botshafter“ noch im selben Jahre mitteilen, daß die Mitgliederzahl wieder auf 6500 gestiegen war und 76 Filialen zählte. Aber schon machten sich wieder behördliche Eingriffe in die Verbands-tätigkeit bemerkbar. Die Mitgliedschaften in Minden und Verford wurden verboten, und zwar weil der Verein eine Versicherungsgesellschaft sei und als solcher keine Genehmigung nachgesucht habe. Bereits im Dezember 1865 hatte sich in Berlin der „Berliner Zigarrenarbeiterverein“ mit Schulze-Delitzschen Tendenzen gegründet, der freilich 1866 schon wieder einschloß. Aus seinen Trümmern wurde durch A. S. r i g und andere eine Filiale des „Allgemeinen deutschen Tabakarbeitervereins“ errichtet, die bald eine große Bedeutung in der Organisation erlangen sollte, indem sie und damit der Verein in die erste bedeutende Differenz mit den Unternehmern verwickelt wurde. Anfang 1868 hatten die größten Berliner Fabrikanten eine rigorose Fabrikordnung erlassen, die von den Zigarrenarbeitern nicht anerkannt wurde. Es kam ein harter und langwieriger Kampf, der schließlich mit dem Siege der Arbeiter endete. Das Resultat dieses Kampfes war, wie wir es später noch mehrfach bei Kämpfen erfahren, die Errichtung einer Produktivassoziation, einer auf genossenschaftlicher Grundlage bestehenden Zigarrenfabrik, die zunächst auch gut florierte, später aber zugrunde ging und dadurch den Verein schwer traf. Immerhin hatte es der Verein durch den Berliner Kampf und eine lebhaft Agitation auf angeblich 10 000 Mitglieder gebracht.

Es traten jedoch wieder Umstände ein, die dem Verein stark schaden. Es hatte sich ein Zusammenschluß der beruflichen Organisationen zu einem „Arbeitervereinsverband“ gebildet, und man stritt auch im Allg. Deutschen Zigarrenarbeiterverein über den Anschluß. Der Verein trat auch zunächst formell bei, zahlte aber keine Beiträge; als man dann aber zurück wollte, waren viele Mitglieder nicht damit einverstanden und gründeten eine Gegenorganisation, die besonders in Norddeutschland ihre Anhänger hatte. Es trug sich auch allmählich der Streit der Lassalleaner und Eisenacher in den Verein hinein. Andererseits war ein Teil der Mitglieder für eine rein berufliche Einsetzung der Kräfte, während andere die politische Tätigkeit in den Vordergrund gedrängt wissen wollten. Allzu früh und allzu oft haben sich unsere Organisationsbestrebungen auf das rein politische Gebiet geschoben, was für die Gestaltung der so im argen liegenden Berufsverhältnisse nicht immer vorteilhaft war. Als auf dem Kongress in Kassel 1869 der „Gewerkschaftsbund“, d. h. die Vereinigung der Gewerkschaften zum „Arbeiterunterstützungsverband“ beschlossen wurde, war es mit den Berufsorganisationen zunächst vorbei. Am 1. Juli 1870 schloß sich auch der Allg. deutsche Zigarrenarbeiterverein dem „Arbeiterunterstützungsverband“ an und hörte damit zunächst jede selbständige Tätigkeit der Zentralkommission auf. Im übrigen bekämpften sich in den Lokalvereinen Lassalleaner und Eisenacher aus lebhafteste. Obendrein kam der Krieg von 1870/71. Als der Unterstützungsverband 1871 zusammenbrach, rettete der Zigarrenarbeiterverein nur einen Bruchteil von seinen Mitgliedern. Bald aber gab es neues Leben, zumal die Konjunktur nach dem Kriege zuerst günstig einsetzte. Man drang auf Lohnverbesserungen, und in mehreren Orten kam es sogar zu Streiks, auch bildeten sich in verschiedenen Orten sogenannte Streikvereine der Zigarrenarbeiter, so daß sogar von V e r d e n aus der Veruch einer Zentralisation derselben gemacht wurde. Auf dem Hanauer Kongress 1871 konnte man sich nicht einigen, ebensowenig auf der im Mai 1872 zu Hamburg tagenden Generalversammlung. Erst der Kongress in Leipzig, November 1872, brachte den Ausgleich. Hier wurde auch der Name in „Deutscher Tabakarbeiterverein“ umgedändert. Vor allem wurde nun deutlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als Vereinszweck festgelegt. Der Verein zählte jetzt rund 2000 Mitglieder in 53 Filialen. Die nach und nach erfolgende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führte zu weiteren Kämpfen. Hierzu kam, daß sich die Fabrikanten auf einem Kongress zu Kassel 1872 zusammenschlossen. Obgleich die Lassalleaner sich gegen die Gewerkschaftsbewegung erklärten, obgleich die Leipziger Lagung des Tabakarbeitervereins sich „prinzipiell gegen die Streiks zum Zwecke der Lohnerhöhung“ erklärte, „indem sie die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern nicht imstande sind“, mußte man sich doch den Verhältnissen beugen und zu den an vielen Orten ausbrechenden Streiks im helfenden Sinne Stellung nehmen. Doch die unheimliche Krise nach der Gründerzeit brachte auch die Lohnbewegungen unter den Tabakarbeitern allmählich zur Ruhe. Man hatte aber durch diese Kämpfe einsehen gelernt, daß, wenn man auf diese Weise die Lage der Tabakarbeiter verbessern wollte, man vor allem an die finanzielle Stärkung der Organisation denken mußte.

Ein Norddeutscher Zigarrenarbeitertag 1874 petitionierte an den Reichstag um Maßregeln gegen die Gesundheitsarbeit und gegen die gesundheitsgefährlichen Verhältnisse in der Heimindustrie.

Um dem Bedürfnis nach gegenseitiger Hilfe zu entsprechen, wurde dem Verein im Herbst 1874 eine Kranken- und Sterbekasse angegliedert, die sich freilich nie recht entwickeln wollte, zumal auch noch durch das später kommende Hilfskassengesetz einige Schwierigkeiten entstanden. Die Bremer Generalversammlung beschäftigte sich angelegentlich mit dieser Sache. Man darf wohl sagen, daß der Verein nach und nach auf einer für damalige Zeit gefestigten Grundlage bestand, hatte er doch 1876 eine Mitgliederzahl von etwa 7000 in über 100 Ortschaften und ein Vermögen von 26 000 M., trotzdem er gut ein Jahr vorher für einen bedeutenden und siegreich beendeten Streik in Braunschweig die verhältnismäßig hohe Summe von 24 000 M. opfern mußte. 1877 wurden 3190 Mitglieder beigegeben. In der gesamten Tabakindustrie wurden damals etwa 65 000 Personen beschäftigt.

Die Vera Lessendorf hatte schon länger ihre Schatten auf den Tabakarbeiterverein geworfen, der schon lange als politisch anrüchlich bei der Polizei galt. Da in Preußen politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten konnten, löste man einige Filialen als politische Vereine auf; da Frauen in politischen Vereinen nicht Mitglied werden durften, schritt man ebenfalls gegen verschiedene für politisch erklärte Abteilungen ein oder versuchte die weiblichen Mitglieder hinauszumitteln; andererseits forderte man die Einreichung von Mitgliederlisten, wie es für politische Vereine Pflicht war, Placereien übrigens, die noch bis vor ein paar Jahren auf die Gewerkschaften angewandt wurden. Auch in Sachsen hatte der Verein sehr unter der Polizei zu leiden. Man half sich mit öffentlichen Tabakarbeiterversammlungen, wenn es nicht anders ging. Doch die Radikalkur des Sozialistengesetzes, das am 21. Oktober 1878 in Kraft trat, beseitigte bereits am 23. Oktober den deutschen Tabakarbeiterverein. Alles protestieren half nicht, es sollte den Unternehmern eben die Bahn frei gemacht werden. Die Liquidation der Krankenkasse zog sich bis 1881 hin. Daß man zwar die Form, aber nimmermehr die Sache zerbrechen kann, sollte sich bald zeigen.

Die Tabakarbeiter galten schon vor dem Sozialistengesetz als Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung, sowohl auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete. Soltter und konnten sie sich für immer den Zwecken selbst eines so dramatischen Gesetzes, wie es das Sozialistengesetz war, beugen? Das war nicht anzunehmen. Das Feuer schmelze zwar zunächst eine kurze Zeit, nach und nach brach es jedoch an vielen Stellen flackernd empor, um schließlich wieder in heller Flamme zu leuchten. Gleich nach dem Verbot des Vereins und der Unterdrückung des „Botshafter“ wurde der „Wanderer“ herausgegeben; er war bis zu seinem Eingehen Organisationsträger. Wer das Blatt abonnierte, hatte ein Unrecht auf Unterstützung; die Verbindungen waren in der Weise geschaffen, daß „Agenten“ die Geschäfte in den einzelnen Orten besorgten. Als der „Wanderer“ zu erscheinen aufhören mußte, trat der „Gewerkschaftler“ in gleicher Weise an seine Stelle. 1882 waren in rund 100 Orten solche Agenten tätig. War es auch ein recht beschränkter Ersatz der Organisation, so hat er doch in der dümmsten Zeit den Zusammenhalt der Tabakarbeiter notwendig aufrecht erhalten. Andererseits behalf man sich zur Förderung der Tabakarbeiterinteressen mit öffentlichen Versammlungen, die freilich oft genug von der Polizei inhibiert wurden. Den Organisationsgeist der Tabakarbeiter nach zu erhalten, trug nicht wenig die 1879 erfolgte starke Erhöhung des Tabakzolls, bzw. der Steuer bei. Bekannt ist, daß aus dieser Ursache viele Tabakarbeiter nach Amerika auswanderten. In Berlin entsteht schon 1881 wieder ein Verein zur Wahrung der Interessen der Tabakarbeiter, auch in Bremen bildet sich ein Lokalverein; 1882 gründeten sich die Tabakarbeiter in Braunschweig, Magdeburg und Hamburg Organisationen, teils als Vereine zur Wahrung der Tabakarbeiterinteressen, teils als Fachvereine bezeichnet. Auch in anderen Orten mögen solche Lokalvereine entstanden sein oder mögen in anderer, formloser Weise die Tabakarbeiter ihre beruflichen Interessen zu vertreten gesucht haben. Wir sehen also, daß selbst in der ersten und juristischsten Zeit des Sozialistengesetzes die Organisation der Tabakarbeiter lebt.

Von Bremen aus erscholl dann erneut der Ruf zur offenen Entfaltung der aufgerollten Zentralisationsfahne. Im Juli 1882 erließ der Vorsitzende des Bremer Lokalvereins, Wilhelm Fuhse, eine Aufforderung, daß sich die Orte, an denen Reiseunterstützung gezahlt wurde, mit dem Bremer Verein in Verbindung setzen möchten. Ein Zentralstatut wurde in Bremen beraten und ein Aufruf erlassen. Am 22. November 1883 konstituierte sich in einer Bremer Tabakarbeiterversammlung ein neuer Zentralverein unter dem Namen „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“. Es braucht uns nicht zu wundern, daß, wie schon der Name sagt, der hauptsächlichste Zweck war, Reiseunterstützung zu zahlen, bedrohte doch das Sozialistengesetz jede leibste organisatorische Handlung mit der Vernichtung. Nebenbei sollte der Arbeitsnachweis gepflegt werden. F u h s e war Vorsitzender. Höchste Instanz war die Generalversammlung und die Urabstimmung. Im April 1883 zählte man in 63 Orten Mitgliedschaften. Schon auf der ersten Generalversammlung, die am 1. September in Dessau begann, zeigte sich das Bestreben nach Erweiterung des Wirkungsbereiches. Als Zweck wurde nunmehr festgelegt: Hebung der materiellen und intellektuellen Lage der Mitglieder. Das sollte geschehen durch Gewährung von Reiseunterstützung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Sterbeunterstützung und durch Vorträge über gewerbliche und wirtschaftliche Gegenstände. Als Kontrollbehörde wurde ein Ausschuß eingesetzt, dessen Vorsitzender S e i n r i c h M e i e r wurde. Wegen einer Unterschlagung des

Kassierer setzte der Ausschuss 1884 den gesamten Vorstand ab. An Stelle Fuhjes trat Hermann Junge, als Kassierer wurde Wilhelm Nieber-Welland eingesetzt, der noch jetzt auf diesem Posten tätig ist.

Besonders seit der Steuerbelastung im Jahre 1879 zeigten sich wesentliche Veränderungen in der sozialen Lage der Tabakarbeiter. Viele Firmen verlegten ihre Betriebe oder errichteten Filialen, die Vermehrung der Frauenarbeit zeigte sich recht auffällig; auch die Heimarbeit nahm zu, die später, als der Bundesrat eine Verordnung über die sanitären Einrichtungen der Fabrikbetriebe erließ (1888), noch weiter um sich griff. Die Aufgaben des Vereins mußten daher groß sein, doch er konnte wegen der drohenden Gefahr des Sozialistengesetzes nicht viel ausrichten. Kommissionen für öffentliche Angelegenheiten, die in einer Reihe von Orten errichtet wurden, sollten ausheben und halfen auch die wirtschaftlichen Kämpfe der Tabakarbeiter zu führen und die Finanzen herbeizuschaffen. Man half sich mit freiwilligen Beiträgen in den Lohnkämpfen, die entstanden, und errichtete hier und da Unterstützungsfonds für solche Zwecke. Es zeigte sich sogar das Bestreben, die genannten Kommissionen zu zentralisieren. Dem stellte sich die 1885 in Brandenburg tagende Generalversammlung entgegen; gleichzeitig wurde aber auch als Vereinszweck die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen festgesetzt. Es wurde ein Streifreglement beschlossen, nach welchem bei weniger als 25 Beteiligten der Ausschuss, bei mehr eine Urabstimmung darüber zu entscheiden hatte, ob der Kampf von Vereinswegen geführt werden sollte. Die Generalversammlung zu Halberstadt, 1887, beschloß, daß der Ausschuss in allen Fällen über Lohnkämpfe entscheiden sollte und die Urabstimmung nur als Berufungsinstanz. Hier wurde auch zum erstenmal die Arbeitslosenunterstützung debattiert, wie man sich ferner aus Anlaß behördlicher Maßnahmen über die Frage unterhielt, ob die Mitglieder ein klagbares Recht an die Leistungen des Vereins hätten. Trotz des Zurückhaltens des Ausschusses nahmen jedoch die Lohnbewegungen zu; ein Beweis dafür, daß dem Verein seine Bahn durch die Verhältnisse gewiesen wurde.

Für Ende April 1889 berief der Vorstand nach Erfurt einen allgemeinen Tabakarbeiterkongress ein, der von 138 Delegierten besetzt war, von denen die meisten die Lage der Tabakarbeiter ihres Bezirks schilderten. Man sprach über Agitation, nahm eine Resolution für Koalitionsfreiheit und Maximalarbeitszeit an. Auch ein Minimallohn von 8 M pro Tausend, einschließlich Widel, wurde gefordert. Zweifellos hat dieser Kongress die Agitation unter den Tabakarbeitern gefördert.

Die 1889 in Magdeburg stattfindende Generalversammlung führte die Umzugsunterstützung ein. Trotzdem der Ausschuss in Magdeburg vom „Streikfieber“ redete, entstanden in der nächsten Zeit außer kleinen Kämpfen in mehreren Orten große Bewegungen, die zum Streik führten, so in Nordhausen und Magdeburg, so daß sich der Vorstand zur Ausschreibung von Extrasteuern genötigt sah. Eine außerordentliche Generalversammlung in Brandenburg (1890) hatte die Aufgabe, Ordnung zu schaffen. Sie verschärfte das Streifreglement; es sollten nur noch solche Kämpfe unterstützt werden, die einen Erfolg versprachen. Gegen Ende des Jahres erfolgte dann die große Aussperrung in Hamburg, für die nicht nur die Tabakarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft große Summen aufbrachte. Der Kampf endet formal mit einer Niederlage der Tabakarbeiter.

Das Verlangen nach einer Unterstützung in Krankheitsfällen wurde immer deutlicher, wie es sich auf der 1892 in Halberstadt abgehaltenen Generalversammlung zeigte. In einem Beschlusse kam man dort noch nicht. Um der Ausbeutung der Reisendenunterstützung zu begegnen, verschärfte man die Bestimmungen. Auf dieser Generalversammlung wurde auch die Schutzmarke einzuführen beschlossen; sie sollte zur Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter beitragen, doch fand sie nicht die gebührende Beachtung, zumal auch die sozialdemokratische Partei sie als nicht erfolgversprechend zu propagieren abgelehnt hatte. Sie wurde denn auch bereits 1896 wieder abgeschafft. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung kam zu immer größerer Bedeutung, sie wurde bei jeder Generalversammlung vor einer Anzahl Zahlstellen erneut gefordert. Auf der Nordhäuser Generalversammlung (1894) empfahl der Vorstand, sie fakultativ einzuführen. Alle Anträge zur Arbeitslosenunterstützung wurden jedoch, wie auch später noch, abgelehnt. Dagegen wurde in Nordhausen die Krankenunterstützung in Form einer Zuschußkasse eingeführt. Um die Agitation zu fördern, wurden Agitationsbezirke eingerichtet, in denen in einem vom Vorstand bestimmten Ort eine Kommission zur Leitung eingesetzt wurde. Man darf diese Einrichtung wohl als Vorläufer des Gauleiter-systems bezeichnen. Auf der in Stuttgart 1896 tagenden Generalversammlung wagte man sich wieder mit der Regelung der Lohnkämpfe befaßt. Die Klagen über Verletzung der Beschlüsse, ob man in den Kampf treten solle oder nicht, wurden immer lauter. Andererseits wollte man von Ausschuss und Vorstand eine straffere Disziplin einführen. Es lag wohl an dem System, dem Ausschuss über die Kämpfe bestimmen zu lassen, die doch schließlich vom Vorstand vorbereitet und oftmals geführt werden mußten. Das Streifreglement wurde deshalb revidiert. Anders wurde es jedoch vorerst nicht. Auf dieser Generalversammlung wurde auch der unterbrochene Anschluß an die Centralkommission wieder hergestellt. Schon die Offenbacher Generalversammlung (1898) mußte sich mit derselben Frage beschäftigen. Hier in Offenbach wurde auch der Kampfsatz eingeführt. Dagegen über die Finanznot des Vereins geklagt wurde, erweiterte man doch die Umzugsunterstützung. Eingehend wurde wieder über die Arbeitslosenunterstützung verhandelt; schließlich beschloß man, eine Kommission einzusetzen, die über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern Erhebungen vorzunehmen sollte. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde Wilhelm a. n. Stuttgart gewählt. Vom 1. Januar 1899 ab nannte sie die Organisation „Deutscher Tabakarbeiter-Verband“. Die Regelung der Lohnkämpfe beschäftigte auch wieder die Generalversammlung

zu Mainz im Jahre 1900; es wurde beschlossen, daß nur dann in einen Angriffskampf eingetreten werden dürfe, wenn zwei Drittel der beteiligten Mitglieder dafür seien. Ein Antrag, daß der Ausschuss nicht mehr über die Kämpfe zu entscheiden haben sollte, wurde abgelehnt. Auf dieser Generalversammlung legte der bisherige Vorsitzende Hermann Junge sein Amt nieder. Es war nämlich der Beschluß gefaßt worden, den Vorsitzenden, der bisher nur ehrenamtlich gegen eine geringe Entschädigung tätig war, neben dem Sekretär und dem Kassierer fest anzustellen, was Junge wegen seines Geschäftes ablehnte. An seine Stelle wurde der jetzige Vorsitzende, Karl Deichmann, gewählt.

Dann trat eine grundlegende Aenderung im Unterstützungswesen ein, indem die Dresdener Generalversammlung (1903) revolutionierende Beschlüsse faßte. Die Zuschußkasse hörte auf und die Krankenunterstützung wurde allgemein. Auch die Wöchnerinnenunterstützung wurde eingeführt. Vor allem aber wurde nach jahrelangem Kampfe die Arbeitslosenunterstützung mit 43 gegen 18 Stimmen beschlossen. Der Vorstand hatte sie jetzt selbst beantragt. Die Statistik hatte ergeben, daß die Arbeitslosigkeit weit geringer war, als man bisher annahm. Andere Unterstützungszweige wurden gleichfalls einer besseren Regelung unterworfen, wie man in Dresden überhaupt bestrebt war, etwas abgerundet Zweckmäßiges zu schaffen. Man glaubte, durch die hohen Leistungen der Fluktuation im Verband ebenfalls Einhalt tun zu können. Ließen sich doch in den beiden Jahren 1901 und 1902 9728 Tabakarbeiter aufnehmen, während der Mitgliederstand nur um 776 stieg. Der Stärkung der Finanzen wurde von nun an ein größeres Gewicht beigelegt. Deutlich wird auch der Wunsch nach Anstellung von Agitationsbeamten erhoben. In Leipzig, 1905, konnte der Vorstand eine Zunahme der Mitglieder in den beiden letzten Jahren um 38 Prozent feststellen. Die Fluktuation war wesentlich eingeschränkt. Hatte man in Dresden von verschiedenen Seiten noch Bedenken geäußert, daß der Verband durch die vermehrten Unterstützungszweige den Kampfscharakter verlieren würde, so konnte schon jetzt auf ein stärkeres Anwachsen der Kämpfe hingewiesen werden. Das blieb auch später so. An den Unterstützungseinrichtungen, wie sie in Dresden beschlossen, wurden einige ausgleichende Aenderungen angenommen. Das Recht der Sektionsbildung, wie es mit Rücksicht auf die Zigarettenarbeiter beantragt war, wird abgelehnt. Wichtig ist auch der Beschluß, die Vorortkommissionen nunmehr aufzuheben und dafür Gauleiter, von denen einige besoldet sein sollen, anzustellen. Lohnkämpfe sollen nicht mehr der Genehmigung des Ausschusses, sondern des Vorstandes unterliegen; die eventuelle Urabstimmung darüber wird aufgehoben. Ferner nimmt die Generalversammlung Stellung zur Raiffeiser und zum Massenstreik, sie spricht sich gegen die Auffassung des Kölner Gewerkschaftskongresses aus. Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Heinrich Meißner, lehnt eine Wiederwahl ab; gewählt wird Wolf Heising und ist damit der Sitz des Ausschusses nach Hamburg verlegt. Auf der Generalversammlung in Bielefeld (1907) kommt es wieder zur Beratung über Neueinführung einer Schutzmarke, allerdings ohne positiven Erfolg. Auch die Minimallohnfrage wird debattiert. Eine Reihe Anträge verlangt die Aufhebung der Krankenunterstützung als Obligatorium. Die Wünsche auf gleichmäßige Streikunterstützung werden abgelehnt. Abgelehnt wird auch, die aus Anlaß der Raiffeiser Gemäßregelungen zu unterstützen. In Bielefeld wurde auch die unerquickliche Angelegenheit der Dresdener Lokalorganisierten, die sich vom Verband abgezweigt hatten, endgültig für den Verband geregelt. Es wurden eine Reihe Vorschläge zur Einigung gemacht. Zum Ausschussvorsitzenden wurde Emil Eilke an Stelle Heising gewählt, der als Gauleiter Anstellung fand.

Seit Dresden konnte der Vorstand von einer zur anderen Generalversammlung nicht nur ein lebhaftes Steigen der Mitgliederzahl, sondern auch von einer inneren Festigung des Verbandes berichten. Die Beitragzahlung wurde gleichmäßiger. Allerdings war auch das Bedürfnis nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse großer geworden, so daß die Kämpfe, die nun auch eine gute Stütze an den Gauleitern hatten, an Zahl und Umfang stiegen. Die Generalversammlung zu Braunschweig, die 1910 stattfand, stand unter dem Zeichen der neuen Erhöhung der Tabaksteuern; sie beschäftigte sich eingehend mit den vom Reich an die arbeitslosen Tabakarbeiter gewährten Unterstützungen. Die Folgen der Steuer drückten die Tabakarbeiter sehr. Besonders hervorzuheben ist, daß die Minimallohnfrage größere Bedeutung gewann. Eine stattgefundene Gauleiterkonferenz hatte bestimmte Entschlüsse vorgeschlagen, die auch angenommen wurden. Gleichzeitig sollte den Tarifverträgen mehr Beachtung geschenkt werden. Es muß gesagt werden, daß für die Folge der Verband nach Kräften für den Abschluß dieser Tarife strebte, den Verhältnissen nach nicht ohne Erfolg. Seit Jahren spielten die Gehälter der Verbandsbeamten auf den Generalversammlungen eine Rolle, jetzt wurde in einer festen Etala eine Regelung und gleichzeitig Erhöhung derselben vorgenommen. Der Tabak-Arbeiter wird nach Bremen verlegt und soll ein zweiter Redakteur angestellt werden. Der Vorstand soll um einen zweiten Kassierer ergänzt werden. Gewählt wird Johannes Krohn. Als Sekretäre waren schon in Dresden Tiedemann, in Leipzig Hugo Heberle eingesetzt. In Hamburg (1912) vollzog sich dann die oft gewünschte Vereinigung mit dem Sortiererverband. Man trug den Einrichtungen des Sortiererverbandes in den neuen Statuten zum guten Teil Rechnung, so auch in der Gliederung der Klassen. Auch Sektionsbildung wird zugelassen. Es werden auch Reichskonferenzen für die einzelnen Branchen gewünscht. In bezug auf die Lohnbewegung wird von dem System allgemein festgesetzter Minimallohne abgesehen und wird dem Vorstande eine größere Beweglichkeit in der Lohnforderung bei Tarifverhandlungen eingeräumt. An Stelle Eberies, der anderweitig Anstellung fand, wurde Ferd. Hüning als Sekretär gewählt. Leider hatten sich bald die Folgen der letzten Tabaksteuer auf die

Finanzen des Verbandes geltend gemacht; die Arbeitslosigkeit stieg immer mehr, und die Summen, die für Unterstützungen ausgegeben wurden, ließen zur Führung der Lohnkämpfe nicht genügend Mittel übrig. Der Halberstädter Verbandstag (1913) nahm einschneidende Aenderungen vor. Er schuf in erster Linie die Arbeitslosenunterstützung und suchte ein gesundes Verhältnis der Unterstützungsausgaben zu den nötigen Aufwendungen für den Hauptzweck des Verbandes, Steigerung der Löhne, in Einklang zu bringen. Es wurde das gegenwärtig geltende Statut geschaffen. Die Aenderungen sind den Mitgliedern noch in frischer Erinnerung. Der Verbandstag legte großen Wert auf die Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter, deshalb auch die grundlegenden Veränderungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens. In den Vorstand wählte man noch als Sekretär Otto Wenzel.

Ueber Beiträge und Leistungen, wie auch über Lohnkämpfe finden die Leser an anderer Stelle des Tabakarbeiter ausführlichere Darstellungen. Absicht war, an dieser Stelle in größter Kürze nur eine chronologische Uebersicht über das Wichtigste unserer Verbandsgeschichte zu geben.

Unzweifelhaft hat der Verband viel zur Steigerung der sozialen Lage der Tabakarbeiter beigetragen. Nicht nur, daß er wesentlich zur Verbesserung der Löhne beigetragen, er hat besonders in den letzten fünfzehn Jahren planmäßig zu allen Fragen Stellung genommen, die auf die Lage der Tabakarbeiter einen Einfluß hatten. So vor allem zu den Steuerplänen. Seine Arbeit auf diesem Gebiete ist nicht gering anzuschlagen, wenn sie auch wegen der Vereinsgesetze zum Teil in die Hände besonderer Organe und in öffentliche Versammlungen und Kongresse gelegt werden mußte. Redlich hat er geholfen, den Wirkungen dieser Lasten zu begegnen. Schon in seinen ersten Jahren hat er in der Hausarbeiterfrage zum besten der Berufsgenossen gewirkt, später deren hygienischen Schutz gefordert und noch in letzter Zeit ist er für ein besseres Heimarbeitergesetz eingetreten. Noch neuerdings fordert er die Einrichtung von Fachauschüssen. Auch die Kinderarbeit in der Tabakindustrie ist dem Verband eine stete Sorge gewesen. Zu allen anderen sozialen Problemen hat er durch sein Organ immer jene Stellung nehmen lassen, die den Arbeitern dienlich sein konnte. Ob er viel oder wenig auf diesem Gebiete erreicht hat, ist nicht nach seiner Tätigkeit, sondern nach den Widerständen zu beurteilen.

Daß der Verband und seine Tätigkeit den Unternehmern nicht gleichgültig war, kann man begreifen. Wie vielfach Einzelne wegen ihrer Verbandsarbeit gemagtelt wurden, wurden auch nicht selten ganze Zahlstellen unmäßig zu machen gesucht durch die wirtschaftliche Uebermacht. Immer ist es jedoch nicht gelungen, in anderen Fällen hat der Verband doch nach einigen vorübergehenden Anläufen Fuß gefaßt. Häufig wurde bei Lohnkämpfen die Aussperrungstaktik angewandt. Wir erinnern an den großen Kampf in Westfalen 1911/12, wo man mit dem Plane umging, die ganzen organisierten Tabakarbeiter Deutschlands auszusperrn. Oft genug sind die Behörden auch bestrebt gewesen, den Verband auch nach dem Sozialistengesetz noch zu untergraben, namentlich die Vereinsgesetze in Preußen und Sachsen mußten die Handhabe dazu liefern. Zahlstellen wurden aufgelöst oder lösten sich, dem Zwange der Gerichtsurteile folgend, selbst auf. Mit dem Reichsvereinsgesetz hat diese Plackerei vorläufig aufgehört. Sonderbar, die Behörden wollten den Verband von angeblicher politischer Tätigkeit abdrängen, beschränkte er sich auf rein gewerkschaftlichem Gebiet, so war es auch nicht recht; wenn es nicht anders ging, so versuchte man den Verband als Versicherungsanstalt zu stempeln. Der Widerstande waren also auch nach dem Sozialistengesetz noch genügend zu überwinden. Immerhin, es ist überwunden worden. Was auch ist und kommen wird, es wird auch überwunden werden. Einfluß und Erfolg des Verbandes aber wird noch größer werden, wenn die deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aus seiner Geschichte die Nutzenanwendung ziehen und sich ihm ohne Ausnahme anschließen. M.

Die Unterstützungseinrichtung in der Organisation der Tabakarbeiter.

Von Johannes Krohn.

Sobald der Organisationsgedanke sich bemerkbar machte, trat auch das Bedürfnis, Unterstützungseinrichtungen zu schaffen, in den Vordergrund. Man kann wohl sagen, daß das Bedürfnis oder die Notwendigkeit, Unterstützungen an Berufscollegen zu zahlen, in hervorragender Weise mit dazu beitrug, Organisationen zu schaffen.

Schon bevor die Zentralorganisation der Tabakarbeiter im Jahre 1865 gegründet wurde, waren gewisse Unterstützungseinrichtungen vorhanden. Es ist bekannt, daß schon in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in einigen Orten oder Betrieben Unterstützungen anzuwandernde gezahlt wurde. So war zum Beispiel in der Fabrik von Dunkelmann in Hamburg eine Unterstützungskasse vorhanden. Aus dieser erhielten alle zuwandernden Kollegen eine Unterstützung von 1,20 M. Welche Ausdehnung diese Unterstützungseinrichtungen zur damaligen Zeit schon hatten, läßt sich nicht feststellen. Sicher ist aber, daß das Bedürfnis nach solchen Einrichtungen sehr groß gewesen sein muß. Im Jahre 1848 wurde die Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands gegründet und nach deren Statuten wurden wahrscheinlich ortsüblich normierte Wanderunterstützung gezahlt. Wir sehen also, daß das Bestreben, Wanderunterstützung zu zahlen, damals schon allgemein war. Wenn bis zum Jahre 1849 nur Wanderunterstützung in Frage kam, so wurden von da ab weitere Unterstützungseinrichtungen geschaffen. In Jahre 1849 wurde in den Statuten der Assoziation über Unterstützungen folgendes gesagt: „Bei unverschuldetem Unglück, Krankheit usw. sollten die Mitglieder Unterstützungen erhalten.“ Es wurde also gewissermaßen festgelegt, daß in allen Notfällen Unterstützung gezahlt werden sollte. Da nun die Zentralorganisation eine ziemlich lose war, über-

Kieß man die Ausführung dieser Unterstützungsanstalten den Lokalvereinen. Zur Hauptsache wurde von diesen Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung gezahlt. Die Höhe und die Art der Unterstützungen waren sehr verschieden und richteten sich nach den Beiträgen. Diese wurden von den Lokalvereinen selbst festgesetzt und waren deshalb auch sehr verschieden. Auf dem Kongress von 1849, welcher in Leipzig stattfand, wurde auch schon über Arbeitslosenunterstützung verhandelt, doch zu einem klaren Entschluß kam es dort nicht, man überließ es „den lokalen Verhältnissen, ob solche Unterstützungsanstalten eingerichtet werden sollten“. Von Streifenunterstützung war damals noch nicht die Rede.

Als im Jahre 1850 die Assoziation in Gefahr war, von den Behörden aufgelöst zu werden, wurde alles aufgegeben, um wenigstens die Unterstützungsanstalten zu retten. Es wurde deshalb folgender Passus beschlossen: „Der einzige Zweck unserer Vereinigung ist die gegenseitige Unterstützung unserer Gewerksgenossen in den Wechselfällen des menschlichen Lebens. Die überall unter den Zigarrenarbeitern jetzt bestehenden Kranken-, Sterbe- und Wanderunterstützungskassen werden von jetzt ab als selbstständige Lokaleinrichtungen betrachtet, deren weitere Einrichtung und Verwaltung jedem einzelnen Verein überlassen bleibt. Die Witwen- und Invalidenklassen der Zigarrenarbeiter Deutschlands sind ein allgemeines Eigentum derselben.“ Hieraus ersieht man, welchen Umfang und welche Ausdehnung die Unterstützungsanstalten damals schon gehabt haben. Nach allem, was uns bekannt ist, sind dann aber in den Jahren 1850 und 1851 fast alle derartigen Lokalvereine aufgelöst worden. Nur der Hamburger Verein, der allerdings nur noch Kranken- und Sterbegeld auszahlte, blieb bestehen. Aus diesem Verein ging dann im Jahre 1884 die Central-Kranken- und Sterbekasse hervor.

Bevor im Jahre 1865 der Zigarrenarbeiter-Verein gegründet wurde, hatten sich wieder in vielen Orten Unterstützungsbestrebungen bemerkbar gemacht, die dann in dem gegründeten Verein ihre Zusammenfassung fanden. Der junge Verein wollte seinen Mitgliedern gleich sehr viel geben, aber recht wenig an Beiträgen von den Mitgliedern verlangen. Dieses ist ja die Kinderkrankheit fast aller derartigen Einrichtungen. Der Beitrag sollte pro Woche einen halben Silbergroschen betragen. Dafür wollte man an Unterstützungen zahlen: Reiseunterstützung pro Meile 2 Silbergroschen, 1/2 Taler Taschengeld wöchentlich für die auf der Reise krank gewordenen Mitglieder. Verheiratete Mitglieder sollten beim Ableben ihre Ehehälften 12 Taler Begräbniskosten erhalten. Dann sollte an arbeitslose Mitglieder vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an pro Tag 1/2 Taler Unterstützung gezahlt werden. Daß diese Unterstützungen und vor allem die recht hohen Sätze von einem Beitrag von 1/2 Silbergroschen nicht lange aufrecht erhalten werden konnten, ist selbstverständlich. Dieses sah der Leiter des Vereins, Frißsche, denn auch recht bald ein und legte er den § 1 der Statuten, welcher lautete: „Zweck des Vereins ist, die auf Gegenseitigkeit gegründete Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit“, so ans, daß diese Unterstützung nur für Gemäßigtere sein sollte. Diese Auslegung tut ja den klaren Worten des Paragraphen Gewalt an, aber Frißsche mußte hier wohl der Not gehorchen. Die Finanzen des Vereins reichten eben nicht aus. Die Generalversammlung im Jahre 1869 änderte denn auch die Arbeitslosenunterstützung in Gemäßigtere- und Streifenunterstützung um. Damit war die Arbeitslosenunterstützung, die schon recht früh in der Tabakarbeiterbewegung, wie wir oben gesehen haben, eine Rolle gespielt hat, begraben. Und lange, hartnäckige Kämpfe hat es gekostet, bis diese Unterstützungsanstalt dann endlich im Jahre 1893, also ein Vierteljahrhundert später, eingeführt wurde. Trotz dieser Einschränkung der Satzungen war es noch nicht möglich, die Ausgaben zu decken. Deshalb wurde in derselben Generalversammlung auch die Reiseunterstützung auf 1 1/2 Silbergroschen pro Meile herabgesetzt und wer länger als 8 Wochen reiste, bekam nur 1 Silbergroschen pro Meile. Diese Herabsetzung der Unterstützungsätze wurde damit begründet, daß solche hohen Unterstützungen nur noch mehr zum Wandern anreizen. Auch das Taschengeld für auf der Reise erkrankte Mitglieder wurde in den Satzungen gestrichen. Also ein ganz Teil Einschränkungen wurden an den Unterstützungsanstalten gemacht. Dazu wurde der Beitrag von 1 Silbergroschen auf 1 Silbergroschen 3 Pfennige erhöht. Da für diese Zeit genaue Angaben über Einnahmen und Ausgaben des Vereins nicht vorliegen, läßt es sich nicht feststellen, ob die obigen Maßnahmen den Verein auf eine gesunde Basis gebracht haben. Anzunehmen ist aber, daß es nicht der Fall war, denn schon im Jahre 1872 wurden wieder bedeutende Veränderungen vorgenommen. Der Beitrag wurde auf 2 Silbergroschen erhöht, das Reisegeld auf 1 Silbergroschen pro Meile herabgesetzt mit der Einschränkung, daß im Höchstfalle nur 1/2 Taler ausgezahlt werden durfte, und wer länger als 6 Wochen reiste, bekam keine Unterstützung mehr, wenn ihm Arbeit nachgewiesen wurde. Hieraus ersieht man, daß die Reiseunterstützung immer mehr beschnitten wurde. Während man zuerst für das Reisen, ohne nach der Ursache zu fragen, Unterstützung zahlte, kam nunmehr der Gedanke zum Durchbruch, nur noch für Arbeitslose Meilegeld zu zahlen. Und wenn bis dahin die Reiseunterstützung die Hauptsache des Vereins war, so war von nun an Gemäßigtere- und Streifenunterstützung in den Vordergrund gerückt. In den Satzungen des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins von 1872 ist, im Gegensatz zu den alten Satzungen, im besonderen von diesen Unterstützungsanstalten die Rede. Die Höhe der Unterstützungsätze wurde nicht festgesetzt, sondern man überließ dieses dem Verwaltungsrat. Dieser ordnete an, daß für Gemäßigtere und Streifen pro Woche bis zu 7,50 M bezahlt werden sollte. Da regelmäßige Abrechnungen aus diesen Jahren nicht vorliegen, ist es unmöglich, Vergleiche über die Unterstützungsanstalten vorzunehmen. Nur für die Jahre 1876 und 1877 liegen einige Zahlen vor. In diesen beiden Jahren hat man für Streifen- und Gemäßigtereunterstützung

29 272,10 M ausgezahlt, dagegen für Reiseunterstützung 10 478,41 M. Diese Summen erscheinen uns ja heute sehr gering, aber wenn man die damalige Mitgliederzahl, die zirka 7000 betragen hat, in Betracht zieht, sind es schon hohe Summen. Über der Verein schien jetzt die Unterstützungsausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht zu haben, denn die Umschlüsse der letzten Jahre vor Auflösung des Vereins im Jahre 1878 waren verhältnismäßig günstig.

Wenn bis jetzt von Krankenunterstützung nicht die Rede war, so liegt das daran, daß diese Unterstützung keine direkte Einrichtung des Vereins war. Diese Unterstützung wurde von der Central-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins gezahlt. Diese Krankenkasse war aber mit dem Verein so eng verbunden, daß von einer besonderen Einrichtung kaum geredet werden konnte, denn wer Mitglied des Vereins sein wollte, mußte auch Mitglied der Krankenkasse sein und umgekehrt mußten die Mitglieder der Krankenkasse dem Verein angehören. Die Krankenkasse hatte 3 Klassen. Die Beiträge waren 50, 22 oder 15 S pro Woche, dafür wurde je nach der Klasse 12, 9 oder 6 M Unterstützung pro Woche gezahlt. Die Unterstützung konnte in einer Krankenperiode 52 Wochen lang bezogen werden. Während im Verein Sterbegeld an das Mitglied gezahlt wurde, wenn seine Ehefrau starb, so wurde in der Krankenkasse Sterbegeld an die Hinterbliebenen gezahlt, wenn das Mitglied starb. Diese Unterstützung betrug in der 1. Klasse 90 M, in der 2. Klasse 66 M und in der 3. Klasse 45 M. Also auch diese Klasse leistete im Verhältnis zu den heutigen Krankenkassen für einen niedrigen Beitrag außerordentlich viel.

Im Jahre 1878 wurde dann der Verein aufgelöst und mit ihm die Krankenkasse. Wenn nun auch das Band der Organisation fehlte, so sehen wir doch, daß das Bedürfnis nach Unterstützungsanstalten so groß war, daß man veruchte, auch ohne Organisation dieses Bedürfnis zu befriedigen. Dieses wurde so gemacht, daß, wer Abonnet des „Vorkämpfer“ und wie dieser am 3. Januar 1879 verboten wurde, des „Wanderer“ und später des „Gewerkschafter“ war, wenn er an einem Orte zugereist kam, von dem Agenten dieser Zeitung eine „Prämie“ erhielt. Die Höhe dieser Unterstützung hat sich wohl nach den örtlich finanziellen Verhältnissen gerichtet.

Schon in den Jahren 1881 und 1882 wurden in einer ganzen Anzahl Orte wieder Lokalvereine gegründet, die alle den statutenmäßigen Zweck hatten, Reiseunterstützung zu zahlen. Dieses gleichartige Bestreben der Kollegen in vielen Orten führte natürlich bald dazu, daß diese Lokalvereine miteinander in Verbindung traten und es wurde dann am 22. November 1882 wieder ein Zentralverein geschaffen. Dieser erhielt den Namen „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“. Wie schon der Name sagt, war zunächst der einzige ausgedrückte Zweck dieses Vereins, Reiseunterstützung zu zahlen. Die Höhe dieser Unterstützung wurde auf 10 S pro Meile festgesetzt, doch durfte nicht mehr als 1,50 M und ausnahmsweise 2 M auf einmal gezahlt werden. Im Jahre 1883 wurden die Ziele des Vereins schon weiter gesteckt und auch die Unterstützungsanstalten erweitert, indem man Sterbeunterstützung einführte und das Reisegeld für die Wintermonate von 10 auf 15 S pro Meile erhöhte. Der Beitrag wurde von 5 auf 10 S gesetzt. Im Jahre 1885 wurden die Unterstützungsätze für beide Unterstützungsarten wieder etwas erweitert und dafür der Beitrag auf 20 S pro Woche erhöht. Da man eigentlich weiter keine besonderen Ausgaben als für Reise- und Sterbeunterstützung hatte, war der finanzielle Stand so, daß man im Jahre 1887 dazu kam, den Beitrag um 5 S herabzusetzen. Dem Verbands weitere Aufgaben zuzuweisen, dazu konnte die Mehrzahl der Mitglieder sich damals noch nicht entschließen.

Wie in dem alten Verein, so sieht man auch wieder in den Statuten des neugegründeten, daß zunächst die Dauer, in der Reiseunterstützung gezahlt werden sollte, unbeschränkt war. Im Jahre 1889 zog man dem Bezug von Reiseunterstützung wieder einige Grenzen. Der Reisende durfte nämlich an einem Orte innerhalb 26 Wochen nur einmal Unterstützung erhalten, und wer zweimal angebotene Arbeit ablehnte, dem wurde die Unterstützung entzogen.

In den ersten Jahren nach der Neugründung des Vereins wurde noch keine Streifen- und Gemäßigtereunter-

stützung gezahlt. Es ergab sich bald die Notwendigkeit, diese Unterstützungsanstalt einzuführen. Schon im Jahre 1883 findet man in den Abrechnungen die ersten Ausgaben für diese Zwecke. Die Unterstützungsätze waren nicht genau festgelegt, doch sollten sie zwischen 7 und 8 M pro Woche betragen.

Das Bestreben, auch die Krankenunterstützung wieder einzuführen, machte sich mehr und mehr bemerkbar. Immerhin war noch eine große Gegnerchaft dieser Unterstützungsanstalt vorhanden. Man einigte sich im Jahre 1894 dahin, die Krankenunterstützung fakultativ einzuführen. Da es sich aber bald zeigte, daß die jungen und gesunden Mitglieder meistens den Mehrbeitrag für diese Einrichtung nicht zahlten, war die Kasse eigentlich nicht existenzfähig.

Eine weitere Unterstützungsanstalt war die im Jahre 1892 beschlossene Rechtschutzunterstützung. Diese Unterstützung übte auf die Kassenverhältnisse des Vereins keine besondere Wirkung aus und sei deshalb nur der Vollständigkeit halber hier angeführt.

Allmählich machte sich das Bestreben, auch Arbeitslosenunterstützung einzuführen, bemerkbar. Schon im Jahre 1892 stand ein solcher Antrag zur Debatte. Dieser Antrag lehnte dann auf jeder Generalversammlung wieder. Begründet wurde der Antrag unter anderem damit, daß zu viel Geld für Reiseunterstützung ausgezahlt würde und die verheirateten Mitglieder recht wenig davon hätten. Wohl um diesem Einwand zu begegnen, wurde dann im Jahre 1899 die Umzugsunterstützung eingeführt. Diese Einrichtung hat der Organisation für einzelne Mitglieder große Summen gekostet. Es wurden nämlich die ganzen Umzugskosten gezahlt. Und außer der Karenzzeit von drei Jahren wurden dem Mitgliede keine Beschränkungen zum Bezuge dieser Unterstützung auferlegt. Es wurde allerdings auch schon vor dem Jahre 1899 Umzugsunterstützung gezahlt, aber nur an solche Mitglieder, die gemäßigert waren, oder weil sie als Mitglied des Vereins am Orte keine Arbeit erhielten.

Bis zum Jahre 1903 wurde dann recht wenig an den Unterstützungsätzen und -einrichtungen geändert. Aber in der Generalversammlung, welche 1903 in Dresden stattfand, wurde eine vollständige Umwandlung in Unterstützungsweisen vorgenommen. Es wurde Kranken-, Wöchnerinnen- und Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt. Die Beiträge mußten deshalb selbstverständlich erhöht werden und wurden wie folgt festgesetzt: Klasse I = 25 S, Klasse Ib = 35 S, Klasse II = 35 S, Klasse IIa = 45 S, Klasse IIb = 55 S, Klasse IIc = 75 S. In der Klasse I und Ia durften nur Wöchnerinnen, Sortiererinnen, Zigarrenmaschinenmacherinnen, Vorleger, Dedermacher, Zurichter, sonstige Tabakarbeiter und Lehrlinge eintreten. Die übrigen männlichen Tabakarbeiter mußten den Beitrag in den Klassen II bis IIc zahlen. An Krankenunterstützung sollte gezahlt werden je nach der Klasse pro Tag 45, 90, 135 und 225 S. Diese Unterstützung wurde im Höchstfalle in einem Kalenderjahre für 136 Tage gezahlt. Trotzdem man doch schon bei der Krankenunterstützung einige Erfahrungen hätte sammeln können, muß man sich wundern, daß damals solch hohe Sätze und eine so lange Dauer der Unterstützung beschlossen wurde. Vorsichtiger war man bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Diese Unterstützung wurde vom vierten Tage der Arbeitslosigkeit an gezahlt und betrug in Klasse I und Ia nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen 50 S, nach 104wöchiger Mitgliedschaft 60 S und nach 136 Wochen 70 S pro Tag. Die Unterstützungsdauer wurde auf 40 Tage festgesetzt. An Wöchnerinnen wurde für 4 Wochen a 2,50 M, also 10 M, gezahlt. Auch die Sterbeunterstützung wurde nach der Dauer der Mitgliedschaft gestaffelt und betrug je nach der Klasse zwischen 20 und 50 M. Umzugsunterstützung konnte nur noch erhalten, wer gezwungen war, den Ort zu verlassen. Ueber die finanzielle Wirkung dieser Beschlüsse verweisen wir auf die Tabelle, welche einen Ueberblick über Einnahmen und Ausgaben des Verbandes seit dem Jahre 1884 gibt. Daß man aber mit den Krankenunterstützungsätzen zu weit gegangen war, stellte sich bald heraus. Dagegen hatte man die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung weit überschätzt. So mußte denn die Generalversammlung 1905 schon wieder bedeutende Veränderungen vornehmen. Der Beitrag wurde um 5 S erhöht. Die Krankenunterstützungsätze wurden um zirka 20 Prozent herabgesetzt.

Einnahmen durch Beiträge und Ausgaben für Unterstützungen in den Jahren 1884 bis 1914.

Jahr	Einnahme				Ausgabe				Summe
	durch Beiträge	Reiseunterstützung	Sterbeunterstützung	Streifenunterstützung	Gemäßigtereunterstützung	Umzug- u. Fahrgehaltunterstützung	Krankenunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	
1884	18 787.20	7 643.10	600.—	—	—	—	—	—	8 243.10
1885	31 997.60	8 965.67	804.—	—	—	—	—	—	9 769.67
1886	57 677.20	11 849.39	1 476.—	17 771.26	8 457.59	—	—	—	39 554.15
1887	50 464.55	10 050.56	1 656.—	8 801.30	3 729.15	—	—	—	24 237.01
1888	54 050.90	19 867.68	1 692.—	15 514.—	1 942.10	—	—	—	39 015.78
1889	80 228.35	25 824.86	2 412.—	12 538.07	1 070.81	174.75	—	—	42 020.49
1890	137 170.70	28 291.31	3 204.—	50 365.36	14 357.26	691.50	—	—	96 909.43
1891	117 403.30	33 321.37	2 844.—	31 515.93	3 716.94	807.43	—	—	72 205.67
1892	101 790.40	36 016.66	2 628.—	26 899.42	1 336.59	550.—	—	—	67 440.67
1893	97 695.85	25 488.93	2 664.—	10 599.83	1 982.88	428.09	—	—	42 163.78
1894	101 639.30	58 008.29	7 318.—	15 104.45	6 055.86	1 864.82	—	—	88 351.42
1895	105 793.20	—	—	—	—	—	—	—	—
1896	253 765.80	52 426.01	6 960.—	68 729.56	8 231.82	2 192.88	—	—	138 540.27
1897	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1898	137 717.90	29 690.34	8 765.—	20 961.15	8 009.23	3 094.51	—	—	65 520.28
1899	139 455.20	26 272.42	4 930.—	33 682.54	3 902.45	7 449.56	—	—	76 236.97
1900	157 811.70	25 896.63	5 225.—	64 538.84	4 132.83	8 800.64	—	—	108 593.94
1901	137 247.35	22 933.78	4 175.—	136 636.77	6 124.74	5 935.45	—	—	175 805.74
1902	136 853.55	21 345.99	5 695.—	10 598.83	18 871.40	6 261.43	—	—	62 762.65
1903	261 899.50	17 828.17	5 337.—	19 344.98	10 191.54	6 037.29	59 645.15	12 108.40	118 377.13
1904	380 263.35	7 537.36	6 355.—	55 833.14	4 886.98	5 278.15	194 956.60	25 054.77	286 974.63
1905	455 706.45	—	7 383.10	171 110.08	66 462.61	7 047.34	247 897.70	25 054.77	524 935.60
1906	583 966.70	—	6 850.—	204 423.71	12 045.85	10 143.70	199 997.69	31 200.09	464 661.04
1907	626 406.90	—	7 755.—	282 962.04	18 676.79	8 763.21	221 155.82	22 096.87	461 369.73
1908	631 014.12	—	8 165.—	105 371.47	13 347.51	7 781.59	184 219.75	34 409.60	353 294.92
1909	679 302.45	—	7 600.—	39 708.24	17 918.95	7 809.15	175 293.87	44 000.91	291 856.12
1910	697 613.20	—	7 572.60	81 891.12	31 898.90	8 526.81	183 636.80	32 069.12	395 614.95
1911	752 593.72	—	12 133.25	1 008 473.14	21 613.04	10 817.40	208 270.67	146 315.99	1 407 628.39
1912	817 282.25	—	12 485.—	361 423.52	19 427.54	13 397.69	228 826.43	166 378.90	981 934.08
1913	811 493.70	—	11 112.—	8 909.63	5 027.37	13 091.13	213 370.55	254 380.80	605 891.47
1914	554 077.65	—	5 027.50	15 510.11	1 675.05	3 581.60	78 803.45	53 253.86	157 851.57
Summe	9 148 461.30	470 258.52	155 806.45	2 829 292.45	425 093.69	140 026.12	2 196 593.88	871 204.31	7 207 276.45

Wesegen wurden die Arbeitslosenunterstützungsätze auf 60 S, 80 S und 1 M pro Tag, je nach der Klasse, erhöht. Für die Sonntage sollte ebenfalls gezahlt werden. Die Wöchnerinnenunterstützung wurde dahin umgeändert, daß nunmehr für 6 Wochen Unterstützung in der Höhe der Krankenunterstützung gezahlt wurde. Die Staffel nach der Dauer der Mitgliedschaft wurde bei allen Unterstützungsweisen scharf angezogen. Die Streitunterstützungsätze, bis dahin von der Leitung festgesetzt, wurden nunmehr in den Statuten festgelegt. Es sollte gezahlt werden für verheiratete männliche Mitglieder 12 M, für alle ledigen männlichen Mitglieder 10,50 M und für alle weiblichen Mitglieder 9 M pro Woche. Für die Kinder der Streitenden wurde a 50 S pro Woche gezahlt. Die Unterstützung durfte allerdings den durchschnittlichen Wochenverdienst nicht übersteigen.

Im Jahre 1908 wurden die Beiträge wieder um 5 S erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung dafür auf 75 S, 1 M und 1,20 M pro Tag festgelegt. Auch die Umzugsunterstützung wurde geregelt. Es wurden nicht mehr die ganzen Umzugskosten gezahlt, sondern nur noch Beihilfen, und zwar nach dreijähriger Mitgliedschaft bis zu 20 M, nach vierjähriger Mitgliedschaft bis zu 30 M und nach fünfjähriger Mitgliedschaft bis zu 40 M.

Die Statuten vom Jahre 1911 brachten außer einer kleinen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wenig Veränderungen.

Dann kam im Jahre 1912 die Verschmelzung mit dem Verbande der Sortierer. Man mußte die Unterstützungsbedingungen beider Verbände einigermaßen zusammenfassen. Da nun aber diese Einrichtungen in beiden Verbänden sehr verschieden waren, ist es ganz erklärlich, daß wieder größere Veränderungen vorgenommen werden mußten. Die Streit- und Gemäßregelunterstützung wurde nach Klassen festgesetzt auf 1,50 M, 1,75 M, 2 M, 2,25 M und 2,50 M pro Tag. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auch wieder ziemlich erhöht und betrug in der ersten Klasse 90 S und stieg in jeder Klasse um 30 S bis zu 2,50 M in der höchsten Klasse pro Tag. Krankenunterstützung wurde pro Tag 35 S, 50 S, 70 S, 105 S, 190 S und 245 S gezahlt. Auch das Sterbegeld wurde erhöht und außerdem wurde auch noch Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte des Mitgliedes wieder eingeführt. Es waren riesige Erweiterungen des Unterstützungsweises, die hier beschlossen wurden. Aber um die lang ersehnte Verschmelzung mit dem Sortiererverband herbeizuführen, mußte manchem zugestimmt werden. Auch war man auf Grund von Berechnungen der bestimmten Meinung geworden, daß der Verband finanziell diese Unterstützungen leisten konnte. Aber diese Rechnung hatte ein Loch bekommen, indem in den darauf folgenden Jahren ein sehr schlechter Geschäftsgang in der Tabakindustrie war. Dadurch wurden die Ausgaben des Verbandes ganz enorm gesteigert. Aus diesem Grunde war es dann notwendig, daß schon nach einem Jahre wieder ein Verbandstag stattfinden mußte, der nun die heute geltenden Statuten schaffte. Das Unterstützungsweises hat eine ganz andere Form angenommen. Der Aufbau der Organisation wurde ein ganz anderer. Aus den vorhandenen 6 Klassen wurden drei gemacht und jedes Mitglied wird der Beitragsklasse zugeordnet, die seinem Arbeitsverdienst entspricht. Der Beitrag ist auf 35 S, 45 S und 60 S festgesetzt. Also die hohen Beitragsklassen, die nur eingeführt waren, um es den Mitgliedern zu ermöglichen, höhere Unterstützungen zu erhalten, sind verschwunden.

Aus der Arbeitslosen-, Kranken- und Jahrgeldunterstützung wurde eine Erwerbslosenunterstützung gemacht. Es wird nun für eine bestimmte Zeit eine bestimmte Summe festgesetzt, die ein Mitglied als Unterstützung erhalten kann. Ganz gleich, ob ein Mitglied diese Summe als Kranken-, Arbeitslosen- oder Jahrgeldunterstützung bezieht, ist der Betrag abgehoben, kann in der festgesetzten Periode (75 Wochen) keine Unterstützung mehr zur Auszahlung gelangen. Dadurch ist es unmöglich geworden, daß einzelne Mitglieder alle Unterstützungsweises ausnützen können und dadurch enorme Summen aus der Verbandskasse erhalten. Diese neue Einrichtung hat sich, soweit man heute in der Lage ist zu beurteilen, gut bewährt, und besteht die Hoffnung, daß nun vorläufig keine besonderen Veränderungen im Unterstützungsweises vorgenommen werden brauchen.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Einwirkung des Krieges auf die Unterstützungsbedingungen des Verbandes. Gleich in den ersten Wochen nach Ausbruch des Krieges war beinahe die Hälfte der Mitglieder arbeitslos. Enorme Summen gelangten zur Auszahlung. Da mußte der Vorstand und Ausschuß, scharf mit schwerem Herzen, die Statuten außer Kraft setzen und an Stelle dieser statutarischen Unterstützung eine Kostlosunterstützung, aber nur bei Arbeitslosigkeit, einführen. Außerdem wurde noch eine Familienunterstützung an die zum Kriegs- und Heeresdienst einberufenen Mitglieder eingeführt. Wenn auch später die Statuten wieder in Kraft gesetzt werden konnten, so war es doch bis heute nicht möglich, die vollen Leistungen zu gewähren, denn es muß Sorge getroffen werden, um nach dem Kriege gezwungen zu sein. Hoffen wir, daß dieser entsetzliche Krieg bald vorbei ist und daß der Verband wieder, jedenfalls schweren Schlags, verhältnismäßig gut überlebt. Wenn alle Mitglieder mitgehen, wird uns auch es gelingen.

Der Sortiererverband.

In einigen hundertjährigen Sätzen die Geschichte der Sortiererorganisation auch nur kurz zu fassen, ist unmöglich. Der Name des Stammes gestattet uns bei dem Rückblick auf die Geschichte des jetzigen Gesamtverbandes nur einige Hauptphasen vorzuführen. Das können wir auch nur in Bezug auf die Organisationsveränderungen der Sortierer, Helfer und Kistenmacher. Bei ihrer Bedeutung müssen die Organisationsveränderungen der Sortierer hier kurz erwähnt werden.

Bei den Sortierern sind Organisationsbestrebungen schon im Jahre 1853 mit großem Erfolge hervorge-

treten. In diesem Jahre wurde in Hamburg der „Freundschaftsclub“ begründet. Sollte er zum Teil den Zusammenhalt durch Geselligkeit fördern, so hatte der Club doch zu jener Zeit schon Unterstützungseinrichtungen für bestimmte Notfälle, wie er auch eine Besserstellung der Lebenslage seiner Mitglieder erstrebte. Ueber Art und Weise dieser Einrichtungen ist wenig bekannt. Eine geraume Zeit hört man von der Tätigkeit nichts. Ein kleiner Teil der Sortierer mag auch im Allgemeinen Zigarrenarbeiter-Verein organisiert gewesen sein. Hier und da haben wohl auch mehr oder weniger gemeinschaftliche Ziele verfolgende Lokalvereine bestanden. Erst in den 80er Jahren wurde es wieder lebhafter im Sortierlager. Unter dem Einflusse von Elm wurde der „Freundschaftsclub“ in Hamburg zu einer Berufsvertretung mit konsequenten gewerkschaftlichen Tendenzen umgewandelt. Die Berufslage gebot den Sortierern ein energisches gemeinschaftliches Handeln. Daß man sich zunächst die Einrichtung eines Arbeitsnachweises und die Arbeitslosenunterstützung schuf, läßt auf die Verhältnisse einen Schluß zu. Freilich hatten diese Einrichtungen die weitere Aufgabe, die Löhne zu erhöhen. Man wollte durch sie die Kollegen von schlecht-bezahlten Stellen zurückhalten, man wollte durch entsprechende Dirigierung der Arbeitskräfte die Löhne nach und nach oder ganz direkt erhöhen. Die Organisation im „Freundschaftsclub“ war denn auch ziemlich straff.

Natürlich konnten die Hamburger Sortierer sich nicht isolieren, als die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie sich allmählich derart entwickelten, daß auch die Sortierer im allgemeinen zur gewerkschaftlichen Stellungnahme zu ihren Berufschmerzen gedrängt wurden. So ging gerade von Hamburger Sortierern der Ruf aus nach Zentralisation. v. Elm erließ einen Aufruf, der zur Zentralisation der bestehenden Sortiererfachvereine aufforderte. 1885 trafen Hamburger und Bremer Sortierer die Vorbereitungen zum Zentralverein, die dann von den Lokalvereinen überall gebilligt wurden. Am 1. August 1885 trat der „Unterstützungsverein deutscher Zigarrensortierer“ mit 9 Zahlstellen und dem Sitz in Hamburg ins Leben. Der Bremer Lokalverein schloß sich nicht an. Der Beitrag war 20 S pro Woche; es wurde der Arbeitsnachweis vor allem geregelt und eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Viel angefeindet worden ist die im Statut enthaltene Bestimmung über die politische und religiöse Neutralität, allerdings mit Unrecht. Den Zahlstellen war im Rahmen des Statuts weitestgehende Regelung ihrer örtlichen Angelegenheiten gelassen, so daß z. B. der „Freundschaftsclub“, bestehen blieb und als örtliche Zuzugsstelle sogar noch heute besteht. Auch errichtete der „Freundschaftsclub“ 1886 eine Kranken- und Sterbekasse.

Nicht nur Unterstützungsverein wollte und sollte die Organisation sein, sie führte auch Lehrtätigkeit durch. Freilich forderte die geringe Zahl der überhaupt und insbesondere an manchen Orten beschäftigten Sortierer eine andere Lohnpolitik, als sie z. B. bei den Zigarrenarbeitern durchgeführt werden mußte. Die Verteilung der Arbeitskräfte konnte bei den Sortierern leichter und besser durchgeführt werden, weshalb sie auch immer wieder das Schwergewicht auf den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenunterstützung legten.

In dem großen Hamburger Kampfe, 1890/91, spielten zunächst einige die Sortierer betreffende Fragen eine Rolle. Dann gingen Sortierer und die übrigen Tabakarbeiter in der geschlossenen Front zusammen. Erfolge waren den Sortierern in den Jahren 1889, 1890 in der Durchführung eines Minimallohnes in manchen Orten beschieden. Die Organisation hatte hier zwar nicht die Leitung, indem die Sortiererdelegierten des Erfurter Tabakarbeiterkongresses v. Elm persönlich beauftragten, aber sie war es doch, die dem Kampfe Nachdruck und Erfolg gab. Uebrigens auch ein Zeichen für die Einigung der Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz.

Die erste Generalversammlung fand 1888 zu Dresden statt. Es handelte sich dort um Unterstützungsfragen, insbesondere, ob den Mitgliedern ein Rechtsanspruch zustehen sollte. Die Organisation war nämlich auch als Versicherungsanstalt von den Behörden belästigt worden. Die Auszahlung der Unterstützung wurde deshalb in das Verzeichnis des Vorstands gestellt. Hatte schon der Hamburger Kampf die Organisation stark in Anspruch genommen, so kamen in den nächsten Jahren noch einige nicht unbedeutende Bewegungen in Ahim, Dresden, Minden und Leberan hinzu. Auch gingen die Fabrikanten an, nicht nur die Zigarrenanfertigung, sondern auch das Sortieren nach dem Lande hin zu verlegen. Außerdem war die Konkurrenz schlecht. Die Organisation hatte aus allen diesen Gründen Anfang der 90er Jahre einen Rückgang hinsichtlich der Mitgliederzahl zu verzeichnen. 1884 wurde die Krankenunterstützung eingeführt. Der 1896 in Halberstadt tagenden Generalversammlung konnte schon wieder ein günstiger Bericht gegeben werden. Grundlegende Veränderungen im Statut beschloß man hier nicht. Die Stellung zur Generalkommission wurde zustimmend erneut festgelegt. Beschlossen wurde, auch Kistenmacher im Verband aufzunehmen. Als Geschäftsführer wählte man Karl Arnold.

Durch eifrig betriebene Agitation stieg nun die Mitgliederzahl. 1899 hatte der Verband bereit 27 Zahlstellen. Arbeitsnachweiser hatten inzwischen in Berlin, Bremen und Schöned stattgefunden. Die immer mehr um sich greifende Frauenarbeit machte der Organisation Sorgen und hinderte nicht nur in der Agitation, sondern auch in dem Fortschritt nach höheren Löhnen. Hinzu kam die Krise von 1900, 1901, 1902. Trotzdem wurde die Arbeitslosen- und Streitunterstützung erhöht, allerdings unter gleichzeitiger Beitragserhöhung.

Seit längerer Zeit schon hatte sich das Bedürfnis nach einer Verständigung bei Lohnforderungen in beiden Organisationsrichtungen herausgestellt, es kamen auch Abmachungen über gemeinschaftliches Vorgehen zustande. Auch der Wunsch nach einer Vereinigung der beiden Organisationen der Tabakindustrie waren zum Ausdruck gekommen. Leider kam es noch lange nicht dazu. Als 1902 der Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes der Sor-

tiererorganisation den „Tabak-Arbeiter“ als Publikationsorgan entzog, schien sich der Abstand noch zu erweitern. Die Sortierer gründeten ein eigenes Vereinsorgan, den „Organisator“. Die 1905 in Leipzig stattgefundene dritte Generalversammlung genehmigte diese Gründung, sie beschloß neben einer Beitragserhöhung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung; außerdem wurde die Zahl der Beitragsklassen vermehrt, um Mitgliedern mit höherem Verdienste auch höhere Unterstützungsbezüge zu ermöglichen. Schließlich wurde auch der Name in „Verband der Zigarrensortierer und Kistenbefeher Deutschlands“ umgeändert.

Immer wieder ist der Verband bestrebt gewesen, für seine Mitglieder die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Kämpfe, die in einer Reihe Orte stattfanden, beweisen das. Manche Vorteile wurden ohne Arbeitslosenunterstützung erzielt. Der Verband straffte sich im Innern und nach außen, und bei seinem 25jährigen Bestehen konnte er auf eine Mitgliederzahl von 3200 blicken. Die Verhältnisse weisen auch den Organisationen das Ziel, und die Verschmelzung der beiden Tabakarbeiterorganisationen bahnte sich allmählich selbst ihren Weg. Auf den Verbandsorganen der beiden Verbände, in der Presse und in Konferenzen hatte man sich seit Jahrzehnten um die Vereinigung der beiden Verbände bemüht, die doch ein so nahe liegendes Wirkungsfeld hatten. Das Hin- und Her dieser Bestrebungen heute zu schildern, wollen wir unterlassen. Noch längeren Vorbereitungen konnten beide Verbände im Jahre 1912 die Verschmelzung beschließen, und zu gleicher Zeit wurden gemeinsam die neuen Statuten geschlossen. Daß die Vereinigung zum Segen für die gesamten Tabakarbeiter ist, wird die Zeit noch deutlicher lehren, als sie es schon getan hat. Ohne Frage hat die Organisation der Sortierer einen günstigen Einfluß auf die beruflichen Bestrebungen der Tabakarbeiterchaft ausgeübt.

Mitgliederbestand.

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1883	4 246	1899	17 627
1884	4 076	1900	17 264
1885	5 913	1901	18 060
1886	6 653	1902	18 040
1887	7 408	1903	17 811
1888	8 912	1904	21 263
1889	15 817	1905	25 907
1890	15 360	1906	32 752
1891	13 526	1907	29 922
1892	12 371	1908	28 817
1893	13 113	1909	32 625
1894	13 571	1910	34 048
1895	13 877	1911	35 449
1896	15 625	1912	37 211
1897	17 930	1913	31 718
1898	17 708	1914	23 615

Die Zahlstellen des Allg. Deutschen Zigarrenarbeitervereins 1867.

Nachstehend ein Verzeichnis der Zahlstellen des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins, wie sie im Jahre 1867 bestanden.

- Berlin;
- Scheibenberg;
- Freden;
- Kassel;
- Potsdam;
- Garbelegen;
- Achim;
- Altona;
- Garz a. O.;
- Löbau;
- Burg;
- Hilbesheim;
- Erfurt;
- Wurzen;
- Seesen;
- Brandenburg;
- Hersford;
- Deynhäusen;
- Altenburg;
- Einbeck;
- Hemelingen;
- Wittenberg;
- Hannover;
- Frankfurt a. O.;
- Werther;
- Reichenbach in Schl.;
- Celle;
- Großenhain;
- Breslau;
- Magdeburg;
- Hausberge;
- Salzfluten;
- Albeda;
- Greiz;
- Röhschenbroda;
- Schötmär;
- Zerbst;
- Cöln;
- Schwege;
- Lübbecke;
- Hedemünden;
- Rohrweim;
- Dessau;
- Detmold;
- Zeitz;
- Waldheim;
- Dresden;
- Lemgo;
- Gera;
- Delmenhorst;
- Hagen;
- Düsseldorf;
- Bielefeld;
- Oederan;
- Quisburg;
- Sooß;
- Mindelheim;
- Paderborn;
- Coblenz;
- Wiedenbrück;
- Halberstadt;
- Bippstadt;
63. Verdun;
- Heppen;
- Borken;
- Lommahsch;
- Rocklitz;
- Wernsdorf;
- Eilenburg;
- Dillenburg;
- Minteln;
- Schierstein;
- Rehme;
- Frankfurt a. M.;
- Braunschweig;
- Leipzig.

Aus manchen dieser Orte ist inzwischen die Tabakindustrie ganz verschwunden. Süddeutschland fehlt noch fast ganz unter den Zahlstellen; in Schlessien kommt nur erst Breslau als Zahlstelle in Betracht.

An die Tabakarbeiterschaft!

Anlässlich des Verbandsjubiläums glauben wir, eine dringende Bitte an die Tabakarbeiterschaft richten zu müssen. Aus der älteren Zeit des Verbandes besitzen wir nur äußerst dürftiges Material, aus dem sich Einzelheiten über Stand und Bewegung der Tabakarbeiterorganisationen ersuchen läßt. Von der alten Assoziation haben wir überhaupt nichts. Auch vom Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiterverein (später Deutscher Tabakarbeiterverein) besitzen wir nur wenig Dokumente. Selbst vom „Botschafter“ haben wir nur einen einzigen Jahrgang. Dabei ist es so nötig, alles an einer Stelle zusammenzutragen, was für die Verbandsgeschichte von Wert ist. Und das bescheidenste Blättlein, das dürftigste Protokoll kann eine Lücke füllen, kann uns über irgend einen Umstand aufklären, der in der Reihe der Begebenheiten nicht fehlen darf. Einmal werden wir doch an die Niederschrift der Geschichte unserer Organisation denken müssen. Nichts darf verloren gehen, gerade bei uns nicht, weil eben unsere Organisation die älteste ist und zum Teil richtunggebend in der Gewerkschaftsbewegung war. Wer also noch ältere Statuten, Rechnungen, Aufrufe, Flugblätter, vor allem aber „Wanderer“ und „Botschafter“ hat, sende sie für das Verbandsarchiv an den Vorstand. Wer bei anderen solche Dokumente der Verbandsgeschichte weiß, stöbere nach und suche sie für das Archiv zu erlangen, oder teile uns die Stellen mit, damit wir es zu erlangen suchen. Bei manchen alten Kollegen mag noch schätzenswertes Material dieser Art zu finden sein.

Unsere Presse.

Eine Organisation bedarf aus mancherlei Gründen der Presse. Zunächst dient sie der Aufgabe, die Absichten oder den Zweck den Mitgliedern und jenen, die es werden sollen, möglichst überzeugend zu erklären, dann soll sie aber auch nach außen hin wirken, um die gestellten Aufgaben zur Anerkennung und zur Durchführung zu verhelfen, soweit letzteres nicht von dem Willen der Mitglieder allein abhängig sind. Schließlich erfordert die zweckmäßige Verwaltung eine Möglichkeit bestimmte Dinge den Mitgliedern durch Publikationen zur Kenntnis zu bringen. Je größer und je verzweigter eine Organisation wird, um so nötiger ist eine Zeitung. So finden wir denn heute keine Gewerkschaft mehr, die nicht ihr eigenes Organ hat.

Schon in der Zigarrenarbeiterassoziation hatte man die Notwendigkeit eines Organs eingesehen, und es erschien schon 1848 eine eigene Zeitung der Tabakarbeiter, die „Konfordia“. Das Blatt wurde aus den Mitteln der Assoziation erhalten und von ihrem Präsidenten Pohlmann geleitet. Es scheint an die Mitglieder gratis abgegeben worden zu sein. Erscheinungsort war Berlin. Die Ueberführung der Assoziation nach Bremen scheint das Blatt nicht mitgemacht zu haben, denn 1850 wurde die Redaktion an einen Tischler Stechan übergeben. Schließlich wurde die „Konfordia“ nicht mehr als Organ der Assoziation anerkannt. Wann sie eingegangen ist, ist unbekannt. Die Assoziation machte dann ihre Mitteilungen an die Lokalvereine per Zirkular.

Als im Mai 1865 die Stuttgarter Zigarrenarbeiter zur Gründung einer Organisation aufforderten, schlugen sie auch die Schaffung eines eigenen Organs vor. Am 1. April 1866 begann das von der Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins beschlossene Vereinsblatt unter dem Namen „Der Botschafter“ in Leipzig zu erscheinen. Der Präsident des Vereins, F. W. Frihsche, war gleichzeitig Redakteur. Mit der Verlegung des Vereinszuges nach Berlin wurde auch der „Botschafter“ nach Berlin verlegt. Zunächst stand es den Mitgliedern frei, das Blatt zu abonnieren. Von der Abonnentenzahl wissen wir nur, daß sie nach dem Kriege von 1866 auf etwa 200 gesunken war. Besonders groß war die im Verhältnis zur Mitgliederzahl nicht gemessen sein, weshalb denn auch wohl etwas später bestimmt wurde, daß jedes Mitglied das Blatt zu halten verpflichtet war. Der Abonnementsbeitrag wurde dem Vereinsbeitrag zugerechnet. Ohne Frage hat der „Botschafter“ der Organisation genützt, denn in ihm kamen die Anschauungen Frihsches mit seinem ausgesprochenen Willen zur Vereinsorganisation stark zum Ausdruck. Wie Frihsche als Person in der Politik stand, so auch der „Botschafter“, der natürlich politisch sozialdemokratisch schrieb. Als es an die Erdrosselung des Allgemeinen Tabakarbeitervereins ging, mußte auch die politische Haltung des „Botschafter“ einen Grund abgeben. Es wurde zwar versucht, zu retten was zu retten war. So löste man das Verhältnis zwischen Organisation und „Botschafter“, aber der Verein wurde aufgelöst, und Frihsche gab noch eine Zeitlang das Blatt heraus, doch da ihm die Befugnis zur Verbreitung von Druckschriften entzogen wurde, mußte der „Botschafter“ am 3. Januar 1879 sein Dasein beschließen.

Es wurde nun der „Wanderer“ ins Leben gerufen. Das Blatt war gleichzeitig, auch wohl in der Hauptsache, ein Organisationsorgan, indem es den Abonnenten Reiseunterstützung in Form von „Prämien“ gab. Leider wissen wir über Gestalt und Dauer nichts, denn es kann keine einzige Nummer mehr aufgetrieben werden. Lange kann es aber nicht existiert haben, denn noch im Jahre 1879 wurde in Leipzig der „Gewerkschafter“ herausgegeben, der sich in seinem Untertitel „Wochenschrift für Gesellen, Gehilfen und andere Arbeiter“ nannte. Auch dieses Blatt mußte Organisationsorgan sein, denn es zahlte an seine Abonnenten ebenfalls eine Reiseunterstützung. Sein Abonnementspreis war 75 S vierteljährlich. Verantwortlich zeichnete der Zigarrenarbeiter W. Dringenberg, die Redaktion wurde zunächst von W. Liebknecht, später nach einander von Hasenclever, Uer und Geiser geführt.

Die Haltung des Blattes war, wie sich das vermuten läßt, stark politisch. Für die Tabakarbeiter und ihre Organisation konnte es nicht viel mehr als Publikationsorgan sein, da außerdem der Raum recht beschränkt war. War noch der „Gewerkschafter“ gleichzeitig Verbandsorgan der Tischler, Schneider, Böttcher und Steinseher. Als 1882 in Bremen der Reiseunterstützungsverein gegründet und damit der zentrale Verband wieder aufgerichtet war, wurde der „Gewerkschafter“ Vereinsorgan. Nach und nach schufen sich die anderen Organisationen selbst Fachblätter, so daß schließlich der „Gewerkschafter“ ausgeprägtes Verbandsorgan der Tabakarbeiter wurde. Auch die Sortiererorganisation lag in dem Blatte ihr Publikationsorgan. Schon 1884 wurde durch Beschluß einer Urabstimmung der „Gewerkschafter“ den Mitgliedern von der Organisation geliefert. Finanziell stand das Blatt nicht schlecht. Der „Mann im Mond“ war nicht selten und immer mit beträchtlichen Summen im Eingangsbuch der sozialdemokratischen Parteikasse zu finden.

Selbstverständlich strebte die Organisation nach größerem Einfluß auf ihr Organ. Nach und nach kam sie dazu. 1904, als ein Tabakarbeiter als Redakteur von der Organisation verlangt wurde, übernahm Friedrich Geier die Redaktion. Seit 4. Oktober 1896 hat das Organ den Namen „Der Tabak-Arbeiter“. Mehrfach ist auf Verbandstagen das Blatt erweitert worden, so auch durch die Unterhaltungsbeilage, die augenblicklich ja des Krieges und der Kosten wegen nicht erscheint. Auch über die Haltung des Blattes hat man sich gestritten. Auf mehreren Verbandstagen wurde beantragt, das Organ am

Sitze des Verbandes erscheinen zu lassen. In Braunschweig wurde dieses beschlossen. Auch wurde bestimmt, daß ein weiterer Redakteur, und zwar für den gewerkschaftlichen Teil, eingestellt werden sollte. Das ist geschehen. Nicht vergessen sei an dieser Stelle der „Organisator“, das Organ des einstigen Sortiererverbandes. Als der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes den Sortierern 1902 den „Tabak-Arbeiter“ entzog, schufen diese sich ein eigenes Fachblatt, den „Organisator“, der gewiß für die Sortierer und Befleber, damit aber auch für die ganze Tabakarbeiterbewegung sehr redlich Teil geleistet hat. Bei der Verschmelzung 1912 ging der „Organisator“ ein.

Die Organisation der Kautabakarbeiter.

Bevor noch die Kautabakindustrie ins Leben getreten war, gab es bereits Organisationen der Tabakspinner, doch handelte es sich um Arbeiter in der Rauchtabakbranche. Diese Organisationen waren freilich weiter nichts als Gesellenverbindungen auf der alten zünftlerischen Grundlage. Ihre Leistungen bestanden in der Wanderunterstützung, im Halten einer Herberge und in der Vertretung durch den Arbeitgeber. Die üblichen Jungtgebräuche wurden stramm befolgt. Solche Gesellenverbindungen finden sich noch bis 1889. Allmählich waren es aber in der Hauptsache Kautabakspinner, die ihnen angehörten. Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren nämlich in Nordhausen die ersten Kautabakfabriken entstanden. Die Rauchtabakspinner wurden in erster Linie als Spinner in der Kautabakindustrie gesucht, da sie ja leicht die neue Arbeit erlernen konnten. Später entstanden auch in anderen Orten Kautabakfabriken, und so kam es, daß eben die Gesellenverbindungen schließlich fast ausschließlich aus Kautabakarbeitern bestanden. In Nordhausen war es gar nicht mehr bekannt, daß diese Verbindungen aus Rauchtabakspinnern hervorgegangen waren. Es kostete Mühe, die Kautabakarbeiter der modernen Tabakarbeiterorganisation zuzuführen. Neben den Spinnern spielen die Rollenmacher in der Kautabakindustrie eine Rolle, obgleich sie auch bei den Spinnern zunächst nicht für voll gelten und auch keine Aufnahme in die Gesellenverbindungen fanden. Ihr Lohn war geringer als der der Spinner. Wohl aus diesen Umständen heraus sahen sich die Nordhäuser Rollenmacher veranlaßt, zur organisatorischen Tat zu greifen, indem sie 1884 selbst einen Verein schufen, den sie „Die Rollenmachergesellschaft“ nannten. Es handelte sich um einen kleinen lokalen Verein, dessen Zweck die Hilfe in Notfällen war. Er scheint auch keinen Widerspruch bei den Fabrikanten gefunden zu haben. Also zunächst zwei Vereine in einem Ort und für einen Beruf. Seitens der Tabakspinnergesellschaft scheint man jedoch, von den neuen Ideen beeinflusst, eine Zentralisation angestrebt zu haben, denn es fand in Magdeburg eine Aussprache darüber statt. Doch es kam nicht dazu. Es ist bezeichnend, daß die übrigen Tabakarbeiter, soweit sie organisiert waren, die Kautabakarbeiter zum Anschluß an den Zentralverband (Unterstützungsverein) zu bewegen suchten. Nicht ohne Erfolg. 1889 löste sich eine Tabakspinnergesellschaft nach der anderen auf und schloß sich dem Unterstützungsverein an. In Nordhausen hat ein Ueberbleibsel dieser Gesellenverbindung noch längere Zeit bestanden. Auch der Rollenmacherverein bestand noch weiter, als in Nordhausen schon längst eine Zählstelle des Deutschen Zentralverbandes bestand.

Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen dürften diese Gesellenverbindungen kaum gehabt haben, selbst in Nordhausen nicht. Ebenso wenig der Lokalverein der Rollenmacher. Durch den Anschluß der Kautabakarbeiter an die Organisation der deutschen Tabakarbeiter ist diesen mancher Segen erblickt. Zunächst war natürlich die Teilnahme der Kautabakarbeiter an den Bestrebungen des Verbandes schwach, zumal auch die weniger qualifizierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die Hilfsarbeiter also, noch nicht gewonnen waren.

Bereits im Jahre 1890 brach in Nordhausen ein erster Kampf aus. Die Rollenmacher der Firma Hanevader forderten Lohnverhöhung. Als der Fabrikant ablehnte mit dem Hinweis auf die Abmachungen mit den übrigen Firmen, wurde die Arbeit niedergelegt. Die Antwort war, daß sämtliche Fabrikanten ihren Rollenmachern kündigten, was wieder zur Folge hatte, daß diese die Kündigungszeit nicht abwarteten und sofort aufhörten. Als die Fabrikanten von den übrigen Arbeitern forderten, ihre Stellen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen, legten auch sie die Arbeit nieder, so daß nun 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf standen. Trotz der Ausmeidung einer Extralever war der Verband in jener Zeit noch nicht in der Lage, eine so große Zahl Streikender über Wasser zu halten. Der Kampf ging verloren. Nach einer Reihe mehr oder weniger erster Plänkchen kam es 1911 wieder zu einem heftigen Kampf. Auf Grund von Lohnforderungen, der Forderung nach Anerkennung des Arbeitsnachweises kam es wieder zu einer Gesamtstreikung. Dieser schwere Kampf hat, wenn er auch nicht vollen Erfolg für die Arbeiter hatte, doch eine erhebliche Bresche in den organisierten Widerstand der Fabrikanten geschlagen. Für fünf Betriebe wurden die Forderungen des Einigungsamtes gewährt, für die anderen teilweise. Jedenfalls datiert von diesem Kampf an die nicht unbedeutende Aufwärtsbewegung der Löhne der Kautabakarbeiter. Es ist dann auch nach dieser Zeit zu größeren Kämpfen nicht mehr gekommen. Verschiedentlich haben Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern stattgefunden, die als Resultat zum Teil wesentliche Lohnverhöhungen und Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses hatten. Die letzten Verhandlungen in diesem Jahre haben außer Lohnverbesserungen gewisse Normbestimmungen in

einem Tarifvertrag für die Nordhäuser und damit für die ganze Kautabakindustrie geschaffen, auf denen sich weiter bauen läßt. Was den Nordhäuser Kautabakarbeitern die Organisation bisher gewesen ist, mag aus der Tatsache ersichtlich werden, daß ihre Löhne seit dem Jahre 1905 durchschnittlich um 35 Prozent gestiegen sind. Nordhausen hat rund die Hälfte von den 3620 Kautabakarbeitern, es muß also bahnbrechend für die Arbeiterverhältnisse dieser Industrie sein, ist es auch bisher gewesen. Also haben die Kautabakarbeiter wohl daran getan, daß sie sich den übrigen Tabakarbeitern anschlossen. Daß sie sich noch zahlreicher organisieren, als es jetzt der Fall ist, sei unsere Hoffnung.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg. Die Firmen Peter Peter sen, W. Brodmann und Carl Telschow erhöhten die bisherigen Zulagen auf 10 Prozent. Mit der Firma Fr. Fischer wurde ein Tarif abgeschlossen, wobei 2 Sorten um 1 M und 3 Sorten um 1,50 M erhöht wurden.

Altona. Die Firma H. Hennings bewilligte eine Teuerungszulage von 10 Prozent.

Blankeneße. Die Firma G. Frachm erhöhte 9 Sorten um 1 M und 1 Sorte um 3 M pro Mille.

Burgdamm. Die Firma M. Wilkens Nachf. erhöhte alle Sorten um 50 S pro Mille. Außerdem wird die Teuerungszulage von 5 Prozent weiter gezahlt. Die Firma Schröder u. de Bries erhöhte alle Sorten um 1 M, dafür fällt die Teuerungszulage fort.

Mittelhude. Die Firma Heinr. Bartels erhöhte auf alle Sorten 1 M pro Mille.

Lehrte. Die Firma L. Ludwig erhöhte die drei hauptsächlichsten Sorten um 1,50 bis 2,50 M pro Mille und zahlt die Versicherungsbeiträge ganz. Der Mindestlohn beträgt nunmehr bei freier Zurichtung 11,50 M pro Mille.

Bremen. Die Firma Heinr. Müller bewilligte ihren Arbeitern eine Lohnverhöhung von 15 Prozent. Die Firma H. Wiehen bewilligte zu der Teuerungszulage von 2 M pro Woche eine Lohnzulage von 5 Prozent. Die Firma Wenzel Zigarrenfabriken A.-G. bewilligte zu der Teuerungszulage von 10 Prozent eine einmalige Vergütung. Diese soll 5 Prozent des Jahresverdienstes der Arbeiter betragen. Die Firma Brodmann u. Reimann bewilligte 10 Prozent Teuerungszulage. Die Firma W. Hasselbach u. Co. legte auf mehrere Sorten 20 und 30 S zu. Außerdem erhalten die Arbeiter folgende Teuerungszulagen: Männliche verheiratete Sortierer 3 M, männliche ledige Sortierer 2 M, alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 1,50 M pro Woche. In diesem Betriebe ist nur Sortiererei.

Rötzen. Die Firma F. Westram bewilligte eine Teuerungszulage von 10 Prozent für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Burg bei Magdeburg. Die Firma C. Wendland erhöhte die Zulage auf 55 S pro Mille. Die Firmen C. Giesmich, M. Pohlmann, G. Schröder, Westermann, Chr. Jesse, Paul Gruhn, Müller, W. Kobrichneider, H. Bernede, C. Wederling machten eine Zulage von 50 S pro Mille.

Deegshausen. Die Firma W. Lüding erhöhte die Zulage von 5 auf 10 Prozent.

Spengde. Die Firma F. H. Dröge erhöhte die Zulage von 50 S auf 1 M pro Mille.

Blinde. Die Firmen Erdbrüger u. Co. und Warrmann u. Co. erhöhten die Zulagen von 50 S auf 1 M.

Oberbeckfen. Die Firma W. Lüding erhöhte die Zulage von 5 auf 10 Prozent.

Sunnebrod. Die Firma G. Brindmann erhöhte die Zulage von 50 S auf 1 M.

Wohnerdingen. Die Firma W. Lüding erhöhte die Zulage von 5 auf 10 Prozent.

Sodenheim. Die Firmen F. Wey, Justineu, G. M. Benzinger und Levisson bewilligten eine Zulage von 5 Prozent. Die Firma Hellmer u. Co. machte eine weitere Zulage von 4 Prozent. Die Firma F. Sodenheimer u. Söhne bewilligte zum zweitenmal eine fünfprozentige Zulage. Dieses gilt auch für die Sortierer.

Thairnbach bei Wiesloch. Die Firmen Gebr. Jakob und Arnheim u. Dinkelspiel machten eine Zulage von 40 S pro Mille.

Berlin. In der Zigarettenindustrie war es zu Differenzen gekommen. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts fällt nachstehenden Schiedsspruch, der von beiden Parteien anerkannt wurde:

Berlin, den 16. Dezember 1915.

Schiedsspruch.

1. Die während der Einigungsverhandlung erfolgte Arbeitsniederlegung und Entlassung der Arbeitnehmer wird durch Wiederaufnahme der Arbeit bzw. Wiedereinstellung nach Annahme des Schiedsspruchs beseitigt.

2. Die Höhe des Einstellungslohnes für die im Gewerbe bisher noch nicht beschäftigten Arbeitnehmerinnen unterliegt der freien Vereinbarung der Parteien. Nach einer Beschäftigungsdauer jedoch von 4 Wochen haben die Arbeitnehmerinnen einen Anspruch auf einen Wochenlohn von 11 M, nach acht Wochen auf 12 M und nach zwölf Wochen auf 13 M Wochenlohn.

3. Zu den bisher gezahlten Lohn- und Morbsätzen wird eine Teuerungszulage in Höhe von 10 Prozent gewährt, wobei unabhängig hiervon die bisher gezahlten Teuerungszulagen bestehen bleiben.

Von dieser Bestimmung werden die unter 2 genannten Arbeitnehmerinnen ausgenommen.

Die Firma Problem ist berechtigt, die im November 1915 gewährten Zulagen in Anrechnung zu bringen.

4. Für die nach einer täglichen Arbeitszeit von neun Stunden sowie von sieben Stunden am Sonnabend geleisteten Ueberstunden wird für die ersten zwei Stunden ein Zuschlag von 25 Prozent pro Stunde, für weitere Stunden und für Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

5. Zur Beilegung von Differenzen im Gewerbe wird eine Schlichtungskommission, bestehend aus drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgeber, unter Vorsitz eines Unparteiischen errichtet.

Falls eine Einigung in der Schlichtungskommission nicht erzielt wird, ist das Einigungsamt innerhalb einer Woche, welches endgültig entscheidet, anzurufen.

6. In Betrieben, in welchen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als sie in vorstehendem Schiedsspruch festgesetzt sind, behalten ihre Gültigkeit.

7. Die Parteien verpflichten sich, bis Sonnabend, den 19. Dezember 1915, mittags 12 Uhr, dem Gewerbegericht anzuzeigen, daß sie den Schiedsspruch annehmen.

Mahregelungen dürfen aus Anlaß dieser Lohnbewegung nicht stattfinden.

B. O. U.
gez.: v. Schulz.

Bernhardt, M. Adelsheimer, Ad. Ritter, S. Meiß.

Gelbe Statistikarten.

sind dieser Nummer des Tabak-Arbeiter beigelegt. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzusenden.

Als Zähltag ist der 31. Dezember zu nehmen. Einzusenden sind die Karten bis spätestens den 1. Januar 1916. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karte erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand mitteilen.

Beachtet die Fragen Nr. 9 und 10 auf der vorherigen Seite der Karte!

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Kaiserliche Statistische Amt und auch für die Generalkommission. Es darf uns also bei der Aufstellung keine Karte fehlen. Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, A. = Anzeigen, B. = Zurückgezahlt):

- 11. Dezember: Hamburg B. 200,— Berlin B. 300,— Speyer B. 150,— 12. Ronneburg B. 100,— Langwedel B. 70,— Liebschütz B. 180,— Janau B. 10,— Rotenburg B. 12,88 13. Ennigloh B. 100,— Soest B. 46,— Oberode B. 50,— Lotzo B. 150,— Rehme B. 100,— A. — 60. Dresden B. 1000,— Salungen B. 100,— Janau B. 50,— 14. Wennighüffen B. 50,— Striegau B. 235,— 15. Bries B. 130,— Hamburg B. 200,— Pegau B. 40,— Offenburg B. 50,— Jauer B. 60,— Schöneß B. 100,— 16. Dresden B. 400,— Uetersen B. 60,— Bremen B. 700,— Schwerin a. d. W. B. 200,— Schmölln B. 200,— 17. Dresden B. 500,— Scharmed B. 200,—

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzusenden.

Bremen, den 20. Dez. 1915. W. Nieber-Walland.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Einige Zigarrenarbeiter gesucht. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Wilh. Schiller, Gerford, Elmstr. 59, II.
2 gute Sortierer bei guten Akordlöhnen. Nachfragen: Bezirks-Arbeitsnachweis, Mag. Bernhardt, Dresden-Bismarck, Braunschweigerstr. 8, III.
2 Zigarrenarbeiter nach Stütz in Mecklenburg, Lohn 8—10 M. bei freier Zuriichtung; freie Beiträge zur Kranken- und Jubiläumversicherung; Kost und Logis 8 M. wöchentlich. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Gottl. Osterlag, Hamburg-Altona, Delfersallee 1.



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Trusffrei

AMECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Soeben neu erschienen

Modellbogen 209

für gebrauchte Wickelformen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STEIS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preiskisten: Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster etc.

Soeben neu erschienen

Modellbogen 209

für gebrauchte Wickelformen

ROHTABAK

Mexiko-Decker, bunte Farben, großblattig u. 3 Pfd. bedend à 250 M., feine Mexiko-St. Andres, schneeweißer Brand 300 M., Havana-Einlage, leicht u. feine Qualität (billiger als Brasil) 220 u. 300 M., Decker und Umblatt 300 u. 400 M., St. Felix-Decker, großblattig, warme Deckkraft und tabelloser Brand 275 u. 260 M., Java-Decker, 1. Ränge Vollblatt hell, 1 1/2 Pfd. bedend, 300 M., Java-Umblatt, leicht und sehr ergiebig 220 M., Vorstenland-Decker, feiner Einwickler, 1 1/2 Pfd. bedend 260 M., Sumatra-Decker 240, 280, 300, 350, 450, 500 M., Neue Zigarilla-Formen für 25 Zettel, 8 cm lang, 150 M., Neue schmiedest. Pressen mit Schlaggewinde für 10—12 Formen 850 M., Gebr. Zigarren-Rahmen 500 Stück à 60 M., Wickelformen-Klammern für 5—6 Formen mit zwei Schrauben 100 M., Zigarren-Ringe 15 M. per Hundert. Große Rosten-Pressen mit Schlaggewinde, für 8—10 Rosten, 15 M., Sammel-Tragenth 350 M., Gebrauchte Formen in allen Fassons, Schiffchen-Abbride gratis.

Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Hengloss & Maak

Altona-Offensen

Brasil, lose Blätter 1.80, 1.90 M. Brasil, lose Blätter gedeckt 2.20, 2.40, 2.50 M. Java-Einlage 1.90, 2.— M. Java-Einlage, Umblatt 2.20, 2.30, 2.40, 2.50 M. Sumatra-Umblatt 1.80, 1.90, 2.— M. Garmen-Decke 2.—, 2.20 M. Brasil und Java, geschn. 1.70, 1.90 M. Domingo-Umblatt 2.—, 2.20 M.

Aus Probataktionen studieren.

Leon Weil, Speyer

Kgr. 1872 Rohtabake Inrull 18

Atthewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.). Spezialofferte: Javadeck, Spada, M. 2.30 p. 1/2 Ko. verz. sehr ergiebiges 2. Vollbl., vorzügl. in Brand u. Geschmack. 1 a reife, leichthändige Java-Umblätter (Estamat 1915) und Einlagen (beste Qualität) von M. 2.10 bis M. 2.45.

GARBÁTY

CIGARETTEN

GARBÁTY-ROSENTHAL, CIGARETTENFABRIK GARBÁTY, BERLIN-PANKOW

AKT. SABA, FLAGGENGALA ETC.

DEUTSCHES FABRIKAT TRUSFFREI

Carl Roland, Berlin SO

Kottbuserstrasse 4

Sumatra-Tabake
pr. Pfd. 2.—, 3.20, 3.50, 4.—, 5.50 M.

Vorstenland-Decken
pr. Pfd. 2.70, 3.60 M.

Java-Umblatt
pr. Pfd. 1.80, 1.90, 2.— M.

Brasil Ia pr. Pfd. 2.40 M.

Havana Ia pr. Pfd. 4.— M.

Mexiko-Decke Ia pr. Pfd. 5.— M.

H. Fieve aus Brüssel und G. Fingmanns aus Gent um Ihre Adressen bitten

Rohtabak

Sumatra-Decker, mittel, 2. Lg. 240, hell, 2. Lg. 260, 280, 300, Umbl. 240 M. Vorstenland-Decker, hell, auch Einwickler 280, Umbl. 240 M. Brasil-Decker, 4—5 Pfd. bedend, à 280 M. Java-Einlage, Brasil-Einlag. 280 M. Vorstenland-Decker, Brasil-Einlag. 1. Lg. à 260 M. Domingo-Einlage u. Umbl. 210, Umbl. 220 M. Havana-Einlage u. Umbl. 350 M.

Versand nur gegen Nachnahme.

Ueberseefische Stengel werden gekauft Pfd. 50 M. franco Bremen.

Lauterer Zigarrenfabrik

Gelesene Tabak-Arbeiter

Sucht eventl. für sofort, tüchtigen Meister oder Zigarrenmacher, der sich als Meister eignet. Fähigkeit zur Anlernung von Behelfen, sowie Kenntnisse der Tabake und deren Behandlung erforderlich. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter N. 50 a. d. Expedition d. Tabak-Arbeiter.

hilfen ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Fr. Mahnke

Boizenburg, a. d. Elbe.

Briefkästen.

Boizenburg 60 M.

Heinrich Hüsemann

Bremen

Hohentors-Str. 106 Fernspr. 2880

Drucksachen

Refert schnell und billig

J. H. Schmalfeldt & Co.

Bremen.

Rohtabak-Katalog November 1915 soeben erschienen!

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofortige Zusendung!

1113 Pakete Sumatra u. Java in 4 geschlossenen Partien betragen meine Einkäufe im September dieses Jahres

2542 . Sumatra u. Java in 12 geschlossenen Partien kaufte ich in den vorhergehenden Einschreibungen

3655 Pakete Sumatra u. Java habe ich direkt in den Einschreibungen eingekauft.

größte Auswahl in allen erdenklichen Fassons zu billigen Preisen. :: Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Wickelformen neu und gebraucht

Verlag: Bremer Buchverlag und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.